

Unterrichtung

**durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in
der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

**Außerordentliche Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des
Europarates am 14. und 15. März 2022 in Straßburg, Frankreich**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
II. Tagesordnung der Sondersitzung	3
III. Schwerpunkte der Sondersitzung	4
IV. Verabschiedete Stellungnahme an das Ministerkomitee zu den Konsequenzen des russischen Angriffs auf die Ukraine	15
V. Reden der Delegationsmitglieder	20

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Sondersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) wurde vom 14. bis 15. März 2022 pandemiebedingt als Präsenzsitzung in hybrider Form veranstaltet. Das Hybridformat ermöglicht allen Versammlungsmitgliedern, von außerhalb von Straßburg über die von der PVER vorgesehenen Videokonferenz- und Onlinezugänge mitzuwirken und ihre Rede- und Stimmrechte wahrzunehmen.

Folgende Delegationsmitglieder nahmen physisch an der Sitzung in Straßburg teil:

Abgeordneter Frank Schwabe (SPD), Delegationsleiter
Abgeordneter Armin Laschet (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter
Abgeordneter Michael Hennrich (CDU/CSU)
Abgeordneter Andrej Hunko (DIE LINKE.)
Abgeordneter Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgeordneter Christian Petry (SPD)
Abgeordneter Axel Schäfer (SPD)
Abgeordnete Derya Türk-Nachbaur (SPD)

Folgende Delegationsmitglieder nahmen per Videokonferenz teil:

Abgeordneter Knut Abraham (CDU/CSU)
Abgeordnete Heike Engelhardt (SPD)
Abgeordneter Fabian Funke (SPD)
Abgeordnete Nicole Höchst (AfD)
Abgeordneter Josip Juratovic (SPD)
Abgeordnete Dr. Franziska Kersten (SPD)
Abgeordneter Norbert Kleinwächter (AfD)
Abgeordneter Konstantin Kuhle (FDP)
Abgeordneter Julian Pahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgeordnete Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abgeordneter Dr. Volker Ulrich (CDU/CSU)
Abgeordneter Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU)
Abgeordnete Sabine Weiss (CDU/CSU)
Abgeordneter Dr. Harald Weyel (AfD)

II. Tagesordnung der Sondersitzung

Montag, 14. März 2022

- **Eröffnung der Sondersitzung**
 - **Prüfung der Beglaubigungsschreiben (Akkreditierung)**
Delegationsliste (Dok. 15473)
 - **Änderung der Zusammensetzung der Ausschüsse (Kommissionen (2022) 03)**
 - **Verweise auf die Ausschüsse (AS/Inf (2022) 08)**
 - **Anträge zu Aktualitäts- und Dringlichkeitsdebatten**
Dringlichkeitsdebatte: Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine
 - **Annahme der Tagesordnung**
 - **Ansprache des Premierministers der Ukraine, Denys Shmyhal**
 - **Kommunikation mit dem Ministerkomitee**
Benedetto Della Vedova, Unterstaatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Republik Italien, Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates
 - **Kommunikation mit der Generalsekretärin des Europarates**
Marija Pejčinović Burić

Dienstag, 15. März 2022

- **Dringlichkeitsdebatte: Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine**
Berichterstatterin für den Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Demokratie:
Ingjerd Schou (Norwegen, EPP/CD) (Dok. 15477)

III. Schwerpunkte der Sondersitzung

Mit der Sondersitzung am 14. und 15. März 2022 reagierte die Versammlung auf die russische Aggression gegen die Ukraine vom 24. Februar 2022. Der auf Antrag der Vorsitzenden der fünf Fraktionen angesetzten Dringlichkeitsdebatte wurde ein ganzer Debattentag mit über 160 Rednerinnen und Rednern gewidmet.

Versammlungspräsident **Tiny Kox** (Niederlande, UEL) eröffnete die außerordentliche Sitzung und bat um eine Schweigeminute für die Opfer des, wie er sagte, brutalen Krieges, der niemals hätte begonnen werden dürfen und der sofort beendet werden müsse. Anschließend erklärte er, Russland habe mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 eine rote Linie des Statuts des Europarates überschritten und daher seien die russischen Stimm- und Vertretungsrechte am 25. Februar 2022 vom Ministerkomitee suspendiert worden. Das Ministerkomitee habe die Versammlung anschließend um eine Stellungnahme zu weiteren Schritten gebeten. Das Präsidium der Versammlung habe dazu den Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie gebeten, einen Entwurf vorzulegen, der heute debattiert werde. Er dankte den Mitgliedstaaten für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen und die geleistete humanitäre Hilfe. Er begrüßte die spontane Hilfsbereitschaft der Menschen.

Die Versammlung verabschiedete am 15. März 2022 einstimmig (bei drei Enthaltungen, darunter Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE)) die von der ehemaligen Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses **Ingjerd Schou** (Norwegen, EPP/CD) für den Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie vorgelegte Stellungnahme und sprach sich für den sofortigen Ausschluss Russlands aus dem Europarat aus.

Das **Ministerkomitee** des Europarates beschloss am 16. März 2022 unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Versammlung das sofortige Ende der russischen Mitgliedschaft im Europarat.¹ Das Ministerkomitee entschied zudem angesichts der aktiven Unterstützung der Regierung in Minsk für die russische Aggression, alle Beziehungen zu Belarus zu suspendieren. Auch die Versammlung suspendierte ihre Zusammenarbeit mit Belarus.

Nach Straßburg gereist waren nur weibliche Mitglieder der ukrainischen Delegation. Sie erreichten nach Ende der Sondersitzung wieder sicher Kiew. Die männlichen Mitglieder konnten die Ukraine angesichts des Krieges nicht verlassen und nahmen per Videozuschaltung teil.

Als auswärtige Redner sprachen der ukrainische Premierminister **Denys Shmyhal** (per Videozuschaltung), als Vertreter des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates **Benedetto Della Vedova**, Staatssekretär im italienischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, und die Generalsekretärin des Europarates **Marija Pejčinović Burić**.

Dringlichkeitsdebatte: Der bewaffnete Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine (Dok. 15477, Stellungnahme Nr. 300), Berichterstatterin des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie, Ingjerd Schou (Norwegen, EPP/CD)

Versammlungspräsident **Tiny Kox** (Niederlande, UEL) eröffnete die Dringlichkeitsdebatte zu den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine und stellte fest, es habe sich eine Rekordzahl von Rednerinnen und Rednern angemeldet. Die Berichterstatterin des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Demokratie, **Ingjerd Schou** (Norwegen, EPP/CD), verurteilte den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste. Die russische Führung trage die volle Verantwortung und müsse zur Rechenschaft gezogen werden. Sie versicherte dem ukrainischen Volk Unterstützung für dessen Recht auf territoriale Integrität und Souveränität. Wie die lange Rednerliste zeige, befinde man sich in einer historischen und beispiellosen Situation. Noch nie zuvor habe ein Mitgliedstaat einen anderen derart militärisch angegriffen, noch nie zuvor habe die Versammlung das Ministerkomitee um einen Ausschluss eines Mitgliedstaates bitten müssen. Verheerende Konsequenzen habe der Ausschluss auch für die russische Bevölkerung, der der Zugang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte künftig verwehrt bleibe. Die Berichterstatterin unterstrich, man müsse alles Mögliche tun, die Feindseligkeiten zu stoppen und die humanitäre Krise zu bewältigen. Hierfür sei es unerlässlich, humanitäre Korridore einzurichten. Unabhängig von deren geographischer Nähe seien alle Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, bei der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten zu unterstützen. Mit seinem aggressiven Vorgehen verstoße Russland gegen die Charta der Vereinten Nationen sowie gegen die Satzung des Europarates und wende sich vom Europarat ab. Frau Schou erklärte, in der Vergangenheit habe sie mit dem Ziel, den Schutz des Europarates für die russischen Bevölkerung zu erhalten, für die Anerkennung der Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation gestimmt. Der Angriffskrieg vom 24. Februar 2022 verändere die Lage jedoch grundlegend. Der Entwurf der Stellungnahme enthalte daher die Empfehlung an das Ministerkomitee, Russland zum sofortigen Austritt aufzufordern und, falls das Land dem nicht

¹ CM/Res(2022)2

nachkomme, es zügig auszuschließen. Sie rief die Versammlungsmitglieder dazu auf, dem Entwurf einstimmig zuzustimmen und so eine starke Botschaft auszusenden. Unabhängig von der Entscheidung hinsichtlich des Ausschlusses Russlands müssten Wege gefunden werden, denjenigen russischen Bürgerinnen und Bürgern, die die Werte des Europarates teilten, ein Dialogangebot zu eröffnen.

Debatte

Rede der Leiterin der ukrainischen Delegation

In der Debatte zur Stellungnahme der Versammlung war die erste Rednerin nach der Berichterstatterin die Leiterin der ukrainischen Delegation, **Mariia Mezentseva** (EPP/CD). Sie betonte, dass im Europarat kein Platz sei für einen solch brutalen Staat wie die Russische Föderation. Man solle die russische Flagge vor dem Europaratsgebäude einholen. Das ukrainische Parlament würde weiterhin daran arbeiten, die notwendigen Gesetze für die ukrainische Sicherheit und Verteidigung zu erlassen. Sie bedankte sich für die militärische Unterstützung, die die Ukraine von den Mitgliedstaaten bereits erhalten habe, sowie für die Aufnahme der bisher 2,5 Millionen ukrainischen Flüchtlinge. Sie rief die Mitgliedstaaten dazu auf, auch künftig effiziente Unterstützung in Form von humanitärer Hilfe bereitzustellen. Man sehe sich nicht nur dem Genozid einer europäischen Nation gegenüber, sondern auch einem Ökozid, da die 15 Reaktoren der ukrainischen Atomkraftwerke das alltägliche Leben auf der Erde in eine Hölle verwandeln könnten. Zugleich sei es unabdingbar, der Russischen Föderation bei der Entführung lokaler ukrainischer Autoritäten Einhalt zu gebieten. Der Blitzkrieg, wie er von Präsident Putin vorgesehen gewesen sei, finde nicht statt, man werde bis zum Ende um Freiheit kämpfen. Sie warb bei den Mitgliedern, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und zeigte sich überzeugt, dass die Versammlung die richtige Entscheidung treffen und man die russische Flagge abnehmen werde.

Redebeiträge der Fraktionsvorsitzenden bzw. -sprecher

Frank Schwabe (SOC) betonte, es sei an der parlamentarischen Versammlung des Europarates, eine klare Antwort auf die russische Aggression in der Ukraine zu geben. Die russische Föderation müsse unverzüglich aus dem Europarat ausgeschlossen werden. Es habe in der Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen (SOC) nicht eine einzige Gegenstimme gegen einen Ausschluss Russlands gegeben. Er hob hervor, dass es sich nicht nur um einen Krieg Russlands gegen die Ukraine handle. Vielmehr sei es ein ideologischer Krieg von Diktatur gegen Demokratie. Herr Schwabe hob den Mut einer Mitarbeiterin des russischen Staatsfernsehens hervor, die mit ihrer Protestaktion viel riskiert habe. Anhand ihres Falles werde deutlich, dass es in Russland Menschen gebe, die nicht hinter der Diktatur von Präsident Putin stünden, sondern sich für die Demokratie einsetzten.

Aleksander Pocij (Polen, EPP/CD) erklärte, dass der 24. Februar 2022 als Wendepunkt in die Geschichte eingehen werde. Er wolle der unschuldigen Opfer gedenken. Er bewundere den Mut der ukrainischen Bevölkerung, die ihr Land, ihre Freiheit und ihre Identität verteidigten. Angesichts einer solchen Lage könne man nicht teilnahmslos bleiben. Kiew, Charkiw und Mariupol seien wie Grosny und Aleppo in Europa. Man müsse aus vergangener Naivität lernen und alles Mögliche zur Unterstützung der Ukraine tun, darunter humanitäre Hilfe leisten und die ukrainischen Flüchtlinge aufnehmen. Er sei zuversichtlich, dass Russland in Anbetracht des Widerstandes der Zivilbevölkerung eines Tages ein demokratischer Staat werden und dann wieder seinen Platz im Europarat einnehmen könne.

Olena Khomenko (Ukraine, EC/DA) hob hervor, dass der Europarat ein konsultatives Format vorsehe, bei dem Entscheidungen mithilfe eines Dialogs und im Sinne gegenseitigen Respekts getroffen würden. Diese Vorgehensweise sei aber nicht die Russlands, welches brutal, unilateral und die bestehende Ordnung missachtend handle. Russland könne mit den langsamen und vorsichtigen Handlungen der europäischen Länder nicht beeindruckt werden. Es nutze deren Mutlosigkeit aus und agiere arrogant, basierend auf erwarteter Straffreiheit. Europa müsse zeigen, dass es bereit sei, resolut zu handeln. Es sei eine überfällige Entscheidung, die Russische Föderation aus dem Europarat auszuschließen. Jedoch sei dies noch keine ausreichende Antwort auf das kaltblütige Töten von hunderten unschuldiger Kinder. Der Europarat dürfe seinen Kopf nicht in den Sand stecken. Frau Khomenko forderte die Mitglieder auf, der russischen Bedrohung mutig zu begegnen und zu reagieren. Wenn die Ukraine sie um Hilfe bitte, sollten die Mitglieder bedenken, dass einer oder mehrere der ukrainischen Abgeordneten schon im April nicht mehr bei ihnen sein könnten.

Jacques Maire (Frankreich, ALDE) konstatierte, der russische Angriff auf die Ukraine sei eine Tragödie für die ukrainische Bevölkerung, die seit 2014 unter einem Kriegszustand leide, aber ebenso für die russische Bevölkerung, wie auch für Europa, im Hinblick auf die langjährige Arbeit seit dem russischen Beitritt zum Europarat. Der Ausschluss Russlands sei nicht gegen die russische Bevölkerung gerichtet, auch wenn dieser der Schutz durch die EMRK und den EGMR entzogen würde. Herr Maire erklärte, ein demokratisches Russland könne zu gegebener Zeit in den Europarat zurückkehren. Der Europarat müsse in der gegenwärtigen Situation mehr unternehmen, weshalb Mitglieder seiner Fraktion einen Änderungsantrag einbrächten, um eine besondere Arbeitsgruppe einzurichten, die im Rahmen der Zuständigkeiten des Europarates zusätzliche Maßnahmen und Aktionen der Organisation ergreifen solle. Er rief dazu auf, weiterhin Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine zu dokumentieren und diese vor den Gerichtshof zu bringen, die laufende Arbeit der Berichterstatter zu Russland zu beschleunigen und abzuschließen sowie die vor dem Gerichtshof anhängigen Klagen vorrangig zu Ende zu führen. Die Stellungnahme, die die Versammlung verabschiedete, sei nicht nur eine Botschaft der Solidarität an die Ukraine, sondern auch eine Botschaft an ganz Europa, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzutreten.

George Katrougalos (Griechenland, UEL) erklärte, der Europarat sei die erste internationale Organisation, die auf den Russischen Angriff reagiert habe, so wie auch 1968 gegenüber der griechischen Diktatur. Er dankte Versammlungspräsident Kox für dessen Führung. Durch die Schaffung des neuen gemeinsamen Verfahrens von Versammlung und Ministerkomitee sei es heute möglich, auf die schwerwiegende Verletzung der Grundwerte des Europarates durch Russland zu reagieren. Es sei gelungen, die politischen Differenzen zwischen den Fraktionen beiseite zu schieben, um eine Botschaft der Einigkeit im Hinblick auf den Ausschluss Russlands zu senden. Es werde noch darüber diskutiert werden müssen, warum es Europa nicht gelungen sei, den Krieg zu verhindern und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur zu etablieren. Dabei würden selbstverständlich politische Differenzen zu Tage treten. Dafür sei gegenwärtig jedoch nicht der richtige Moment. Es gehe darum, zur Deeskalation aufzurufen, humanitäre Hilfe für die Ukraine zu leisten sowie humanitäre Korridore zu schaffen. Die Versammlung müsse unmissverständlich und geschlossen ein Signal gegen den Krieg und für den Frieden aussenden.

Mitglieder der ukrainischen Delegation

Yuliia Ovchynnykova (Ukraine, ALDE) wies auf die fortwährenden Kriegsverbrechen hin, die Russland tagtäglich in der Ukraine begehe. Sie sei dankbar, wie geeint die Welt die Ukraine solidarisch unterstützt. Die Idee des Friedens basiere auf gerechter und internationaler Kooperation und sei wesentlich für den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation. Der von einem UN- und Europarat-Mitglied verübte Genozid und der damit verbundene Ökozid würde als Denazifizierung und Demilitarisierung verschleiert. Russland könne erst wieder Teil der internationalen Gesellschaft werden, wenn es für seine Verbrechen rechtlich, finanziell und ethisch bezahlt habe. Was die Ukraine nun benötige, um den Krieg und die humanitäre Katastrophe zu beenden, sei eine Flugverbotszone über der Ukraine, Waffen und Flugzeuge. Nicht eher sei man imstande, Frieden wiederherzustellen und eine neue Sicherheitsordnung zu errichten. Für ihre Freiheit bezahle die Ukraine einen hohen Preis.

Larysa Bilozir (Ukraine, ALDE) erklärte, der Angriffskrieg in der Ukraine sei ein Angriff auf Europas Sicherheitssystem, wobei die Ukrainer mit ihrem Leben dafür zahlten. Die ukrainischen Parlamentarier liefen Gefahr, entführt und ermordet zu werden. Angesichts der russischen Brutalität gäbe es keinen sicheren Ort mehr. In den vergangenen 20 Tagen habe das russische Militär mehr als 1.000 Raketen abgefeuert. Zugleich würden die Getöteten in Mariupol in Massengräbern beerdigt. Die ukrainischen Behörden schätzten die Opferzahlen auf mehr als 2.000 Menschen. Unter dem Vorsatz des Dialoges habe man im Europarat eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Russland verfolgt. Laut Frau Bilozir hätte man verhindern können, dass Russland heute militärisch so stark sei. Europa müsse Verantwortung übernehmen und härtere Entscheidungen treffen.

Yevheniia Kravchuk (Ukraine, ALDE) begrüßte die Sanktionen gegen Russland sowie die militärische und humanitäre Hilfe, die der Ukraine bisher bereitgestellt worden seien. Jedoch gebe es immer noch keinen Hilfskorridor für Mariupol. Die Stadt sei ohne Wasser und Nahrungsmittel. Aus diesem Grund wende sie sich an die Mitglieder der Delegationen als Vertreter ihrer jeweiligen nationalen Parlamente: Sie könnten ihre Regierungen beeinflussen, der Ukraine Hilfe zu leisten und Luftverteidigungssysteme einzurichten, um ein weiteres Abschlagen der ukrainischen Bevölkerung zu verhindern. Tagtäglich erhalte sie neue Statistiken über die bisher getöteten Kinder. Diese Kinder würden sich nicht von jenen aus Berlin, Paris und allen anderen Ländern unterscheiden. Zugleich würden die Ukrainerinnen und Ukrainer in diesem Moment für die europäischen Werte kämpfen und in

Luftschutzkellern ohne Elektrizität, Nahrungsmittel und Wasser ausharren. Frau Kravchuk rief die Europäer dazu auf, stark und mutig zu sein.

Lesia Ziburanna (Ukraine, ALDE) appellierte an die Europäer aufzuwachen. Russland plane Kiew einzunehmen, es von der Versorgung abzuschneiden und Millionen an unschuldigen Menschen an Hunger und Dehydrierung leiden zu lassen. Ähnliches sei bereits in Mariupol, Charkiw, Irpin und Bucha geschehen. Dabei missachte die Russische Föderation internationales Recht, indem es militärische Einsätze in der Nähe nuklearer Kraftwerke durchführe und die Stromversorgung blockiere. Folglich würden die Handlungen des russischen Militärs nicht nur eine Bedrohung für die Zukunft der Ukraine, sondern auch für die Europas darstellen. Auch Frau Ziburanna plädierte an die Europäer, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten.

Lesia Vasylenko (Ukraine, ALDE) zeichnete ein schockierendes Bild der Gräueltaten des russischen Militärs. Sie bezeichnete die Handlungen Russlands als Kriegsverbrechen. Diese rechtlichen Begriffe würden jedoch nicht annähernd den Opfern gerecht werden. Tanya, ein achtjähriges Mädchen, sei im besetzten Mariupol in einem Keller nach sechs Tagen an Dehydrierung gestorben, nachdem ihre Mutter in einem Raketenangriff getötet worden war. Amir, ein 39 Tage altes Baby, habe die 13 Grad kalten Keller nicht überlebt. Polina, ein zehnjähriges Mädchen, sei in Kiew auf offener Straße zusammen mit ihren Eltern aus nächster Nähe erschossen worden. Ihre beiden kleinen Geschwister blieben als Waisen zurück. Russland führe einen Vernichtungskrieg gegen die 44 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer. Präsident Putin wolle keine unabhängige Ukraine, weshalb er zu allem bereit sei. Er habe bereits die 100.000 Einwohnerstadt Wolnowacha dem Erdboden gleichgemacht. Ferner kritisierte Frau Vasylenko, dass der russische Präsident es auf die schwächsten gesellschaftlichen Gruppen abgesehen habe, wie Angriffe auf Entbindungsstationen und Krankenhäuser zeigten. Die Ukraine benötige europäische Unterstützung, da sie nicht in der Lage sei, ihr Land eigenständig zu verteidigen. Europa falle, wenn die Ukraine falle. Sechs D's seien nun unabdingbar für Russland: Demilitarisierung, Dekommunisierung, Deputinisierung, Denuklearisierung, Demokratisierung und Destalinisierung.

Oleksii Goncharenko (Ukraine, EC/DA) sprach per Videoschaltung aus der Ukraine zu den Mitgliedern der PVER. Ihm sei in der Vergangenheit vorgeworfen worden, bezüglich der russischen Bedrohung zu übertreiben. Zudem sei er dafür sanktioniert worden, Präsident Putin sowie die russischen Versammlungsmitglieder Piotr Tolstoi und Leonid Slutsky als Mörder bezeichnet zu haben. Die Welt würde nun wissen, dass dies der Wahrheit entspreche. Des Weiteren zog Herr Goncharenko einen Bezug zum September 1939, als Frankreich in dem Glauben gewesen sei, dass es sich um einen Deutsch-Polnischen Krieg gehandelt habe. Hingegen war es der Anfang des Zweiten Weltkrieges. Das Gleiche finde heute statt. Es sei der Anfang eines Dritten Weltkrieges und nicht nur ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Er bat um Hilfe in Form von Waffen, Flugzeugen und Luftabwehrsystemen. Als man Russland noch mit Worten hätte stoppen können, habe man ihm nicht zugehört. Es sei nun an der Zeit, Russland Einhalt zu gebieten.

Yelyzaveta Yasko (Ukraine, EPP/CD) bekannte, sie frage sich täglich, wie es zur aktuellen Situation habe kommen können. Es sei von äußerster Wichtigkeit, einen Weg zu finden, um den Krieg zu beenden und sicherzustellen, dass ein funktionierendes Sicherheitssystem und dauerhafter Frieden in Europa hergestellt werden könnten. Zwei Menschen hätten ihr die ganze Wahrheit über Putin vermittelt. Zum einen Präsident Wolodimir Selenskyj, der sein Leben nicht nur für die ukrainische Bevölkerung sondern auch für die gesamte Menschheit riskiere. Ihm gebühre der Friedensnobelpreis. Zum anderen ihr Ehemann Mikheil Saakashvili, der dritte Präsident Georgiens, heute ein ukrainischer Staatsbürger, der sich in Gefangenschaft befinde.

Serhii Soboliev (Ukraine, EPP/CD) schilderte in seiner per Videoschaltung gehaltenen Rede die Situation in Kiew. Nur Stunden zuvor habe man eine parlamentarische Sitzung im umkämpften Kiew abgehalten, um der Welt zu demonstrieren, dass man keine Angst vor Präsident Putin und seinem Regime habe. Allein innerhalb von 21 Tagen hätten sie ein Drittel der russischen Armee, der zweitgrößten Armee der Welt, zerstört. Es sei nun essentiell, eine Flugverbotszone über der Ukraine einzurichten. Man müsse den gesamten Luftraum Europas vor Russlands Bomben und Raketenangriffen schützen.

Yuliya Lovochkina (Ukraine, SOC) wies darauf hin, dass die Russische Föderation den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg entfesselt habe. Es habe eine Vielzahl an Opfern gegeben, Frauen, Kinder und Babys eingeschlossen. Die Ukraine erführe eine bisher noch nie da gewesene humanitäre Katastrophe. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer seien gezwungen gewesen zu flüchten. In der women@PACE-Sitzung habe man eingehend über Konsequenzen und die notwendigen Handlungen debattiert. Es brauche einen sofortigen Waffenstillstand basierend auf ordnungsgemäßen Verhandlungen. Präsident Selenskyj habe bereits seine Bereitschaft dazu

signalisiert. In Anbetracht dessen appellierte Frau Lovochkina an die Mitglieder der Versammlung, Verhandlungen auf allen möglichen Ebenen anzuregen, um das Blutvergießen und die Zerstörung ukrainischer Städte zu beenden. Ferner sei es unabdingbar, sofortige Hilfe sowie langfristige Nachkriegsunterstützung für die Ukraine zu gewährleisten. Eine neue europäische Sicherheitsstruktur sei von Nöten und man müsse die Diskussion über ihren möglichen Aufbau und ihre Ausführung in Angriff nehmen.

Mitglieder der deutschen Delegation

Abgeordneter **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) konstatierte, die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigten nicht nur ihr Land, sondern auch die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für alle Europäer. Die Solidarität der Menschen mit den Flüchtlingen aus der Ukraine sei von einem historischen Ausmaß. Ziel des Europarates sei der Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses, wie es Michail Gorbatschow einst formuliert habe. Die russische Führung ziele mit ihrem mörderischen Angriffskrieg auf die Zerstörung dieses gemeinsamen Hauses. Doch bestärke Präsident Putins Krieg die Europäerinnen und Europäer in ihrem Einsatz für die Werte Europas, denn Menschlichkeit sei stärker als Großmachtfantasien und grauenvolle Pläne aus dem Kreml. Herr Lucks erklärte, seine Generation sei in der Illusion aufgewachsen, dass es in Europa keinen Krieg mehr gebe. Dies habe sich am 24. Februar 2022, einem Tag, den einige als Beginn einer neuen Epoche deklarierten, geändert. Doch dürfe man nicht zulassen, dass Präsident Putin bestimme, in welche Epoche Europa gehe. Die Versammlung schließe das System Putin aus dem Europarat aus, das jedoch nicht mit Russland als solchem gleichzusetzen sei.

Abgeordnete **Heike Engelhardt** (SPD) erklärte, die medizinische Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine sei mangelhaft. Geflüchtete kämen oftmals ohne gesundheitliche Betreuung in den Fluchtländern an, gerade bei schwangeren Frauen sei dies hochproblematisch. Sie rief die Mitgliedstaaten dazu auf, den ukrainischen Flüchtlingen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung zu stellen. Noch besorgniserregender sei jedoch die Versorgungssituation in der Ukraine selbst. Millionen Menschen, insbesondere schwangere Frauen, könnten dort momentan nicht ihr Grundrecht in Anspruch nehmen, medizinisch versorgt zu werden. Besonders verabscheuungswürdig sei der Angriff auf eine Geburtsklinik in Mariupol. Wer in einer solch eklatanten Weise das Völkerrecht und die Menschenrechte missachte, müsse aus dem Europarat ausgeschlossen werden.

Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.) erklärte, im Juni 1989 habe Michail Gorbatschow in der Versammlung die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Hauses formuliert. Der 24. Februar 2022 sei nicht nur ein schwarzer Tag für die Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern auch für die Perspektive dieses gemeinsamen europäischen Hauses. Man stehe vor der Errichtung eines neuen Eisernen Vorhangs in Europa. Dafür trage, wie für den Krieg, die russische Führung und Präsident Putin die alleinige Verantwortung. Er selbst habe zu den wenigen Abgeordneten gehört, die im April 2014 nach der Annexion der Krim gegen die Sanktionierung der russischen Parlamentarier gestimmt hätten, da sie so keinen Sinn ergeben hätten. Diesmal wolle er nicht gegen die Stellungnahme stimmen, denn der russische Krieg sei nicht zu rechtfertigen und es gebe einen wirksamen Mechanismus zum Ausschluss Russlands. Ein weiterer Unterschied zu 2014 sei, dass es heute in Russland keine patriotische Stimmung, sondern Verunsicherung herrsche. Er forderte die Versammlung auf, ein Signal der Solidarität an die russische Zivilgesellschaft zu senden, die diesen Krieg nicht wolle. Man müsse die russische Antikriegsbewegung unterstützen und in ihrem Anliegen bestärken.

Abgeordnete **Filiz Polat** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte, mit dem Ausschluss Russlands werde nicht nur das Land international isoliert, sondern man sende auch ein Signal zur Verteidigung der Menschenrechte. Europa sei beeindruckt vom Mut und der Widerstandskraft der Menschen in der Ukraine. Diese seien nicht nur Vorbild für die ermutigende Geschlossenheit und Solidarität Europas, sondern auch Ermutigung für die Menschen in Russland, auf die Straße zu gehen und gegen den Angriffskrieg zu protestieren. Frau Polat sprach ihren Respekt und Dank gegenüber allen aus, die den Flüchtlingen aus der Ukraine hülften. Ganz Europa müsse mit Blick auf die Flüchtlinge solidarisch bleiben. Alle Menschen aus der Ukraine müssten Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie zum Arbeitsmarkt bekommen. Dies müsse uneingeschränkt für alle gelten, so auch für Minderheiten wie die ukrainischen Sinti und Roma.

Abgeordneter **Axel Schäfer** (SPD) unterstrich, es sei furchtbar, dass in Europa wieder Krieg herrsche. Es sei zwingend notwendig, Russland aus dem Europarat auszuschließen. Hoffnungsvoll stimme ihn jedoch die Einigkeit zum Frieden in der PVER. Seine Heimatstadt Bochum unterstütze ihre Partnerstadt Donezk mit einem Projekt für leukämiekranken Kinder. Das sei durch den Krieg nun nicht mehr möglich. Genau das bedeute Krieg: Die Zerstörung von Chancen, Hoffnungen und Leben. Er sei sich des demokratischen, solidarischen und freiheitlichen Willens der Menschen in der Ukraine bewusst. Man sei an einen Punkt gekommen, an dem man schmerzhaft

Wahrheiten aussprechen müsse: Der Überfall Präsident Putins auf die Ukraine habe in der jüngeren Geschichte nur ein Pendant und das sei Hitlers Überfall auf Polen im September 1939. Man müsse aus der Geschichte lernen, damit sich aus dem Angriff auf die Ukraine nicht ein größerer Krieg entwickle, der über die ganze Welt reiche. Er appellierte an die Mitglieder der Versammlung, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, wie es in der Präambel der Satzung geschrieben stehe.

Abgeordnete **Derya Türk-Nachbaur** (SPD) verdeutlichte, während der laufenden Debatte in der PVER verlören zeitgleich Menschen in der Ukraine ihr Zuhause, ihre Mitmenschen und ihr Leben. Der Überfall eines Mitgliedstaates auf einen anderen Mitgliedstaat des Europarates markiere eine dunkle Stunde für Europa und seine Werte. Mit seinem Angriff auf die Ukraine zerstöre Präsident Putin das friedliche Erbe der Revolutionen in Osteuropa, die nach dem Ende des Kalten Krieges den europäischen Kontinent ausgezeichnet hätten. Frau Türk-Nachbaur betonte, dass man hätte gewarnt sein müssen vor Putins Russland angesichts der vorangegangenen kriegesischen Handlungen, der massenhaften Inhaftierung von Oppositionellen, dem Verbot von zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Vorgehen gegen die LGBTIQ-Community und die freie Presse. Präsident Putin zeige nun unverhohlen sein wahres Gesicht. Europa dürfe nicht klein beigeben gegenüber der Zersetzungs politik Putins, die darauf abziele, die Staaten Europas gegeneinander auszuspielen, sondern in Solidarität zusammenstehen. Der Ausschluss Russlands dürfe nicht die demokratischen Kräfte treffen, denen die Türen Europas weiter offen stünden.

Abgeordneter Konstantin Kuhle (FDP) betonte, der russische Angriff habe die europäische Friedensordnung brutal erschüttert. Ein europäischer Staat, der einen Angriffskrieg gegen einen anderen europäischen Staat führe, könne nicht länger Mitglied des Europarates sein. Die Warnungen aus der Ukraine seien jahrelang nicht ernst genommen worden. Aus diesem Fehler müsse man lernen und erkennen, dass die Sicherheitsbedenken und das Ziel der Selbstbestimmung von Staaten wie der Ukraine, aber auch Estland, Lettland, Litauen, Moldawien und anderen europäischen Nationen, nicht weniger wichtig seien als die Sicherheitsbedenken und Ziele der großen westeuropäischen Staaten. Der russische Angriffskrieg komme nicht unvermittelt. Die Aggression sei seit Jahren durch Cyberattacken, Desinformation und der Finanzierung extremistischer Parteien vorbereitet worden. Diese und viele andere Methoden nutze Russland seit Jahren, um die freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften zu untergraben. Die europäischen Demokratien stünden nun in der Verantwortung, die Ukraine zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die Flüchtlinge, aber auch multilaterale Foren wie den Europarat zu stärken.

Als deutscher Abgeordneter mit kroatischen Wurzeln erlebe er gerade ein Déjà vu der Balkankriege, konstatierte Abgeordneter **Josip Juratovic** (SPD). Präsident Putin führe einen Krieg gegen sein Brudervolk und die Welt frage sich zurecht, was ihn dazu bewege. Putin habe Russland zwar aus der katastrophalen Ära unter Boris Jelzin und der Anarchie herausgeholt. Doch habe er gegen die Demokratie gearbeitet, sowohl im eigenen Land und als auch jetzt gegen sein Nachbarland. Der Angriff sei nicht nur ein Völkerrechtsbruch und ein Verbrechen gegen die ukrainische Bevölkerung, sondern auch ein Verbrechen an der eigenen Bevölkerung. Denn auch die russische Bevölkerung leide unter dem Krieg. Allein Putin könne den Krieg beenden und müsse dies tun, wenn schon nicht als Demokrat, dann als russischer Patriot, um das Leid der ukrainischen und russischen Bevölkerung zu beenden. Der Krieg müsse enden, denn die Mittel, die nun gezwungenermaßen in Rüstung investiert würden, bräuchte man stattdessen für die Investition in eine Zukunft des Klimaschutzes, des Friedens und des Dialoges.

Abgeordneter **Dr. Harald Weyel** (AfD) erklärte, die Hilfsbereitschaft für die ukrainischen Flüchtlinge sei in Deutschland, wie in allen Ländern Europas, sehr groß und angesichts des Krieges in der Ukraine auch gerechtfertigt. Jedoch müsse man darauf achten, dass keine unberechtigten Migranten aufgenommen würden. Daher unterstütze er es ausdrücklich, dass Polen seine Grenzen weiterhin sehr genau bewache. Mit Blick auf einen möglichen EU-Beitritt der Ukraine warnte er vor überhöhten Erwartungen. Die EU, wie auch die NATO, böten keine Rundum-sorglos-Pakete, auch nicht bei Spannungen zwischen Mitgliedstaaten, wie der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um Zypern zeige.

Abgeordneter **Norbert Kleinwächter** (AfD) betonte, der Europarat müsse mit einem einstimmigen Votum ein starkes Signal an Russland senden. Der russische Krieg sei nicht nur ein verachtenswerter Angriff auf die Ukraine, sondern auch ein Angriff auf die gemeinsamen Werte Europas. Der Europarat und die EU seien in der Vergangenheit in der Frage gemeinsamer Werte immer wieder gespalten gewesen, wenn es um Flüchtlinge oder Identitätspolitik gegangen sei. Doch stehe der Europarat jetzt zusammen, da Russland die von allen geteilten Werte wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Souveränität und das Recht auf Selbstbestimmung, angreife. Diese Einigkeit dürfe nicht dadurch zerstört werden, dass Änderungsanträge eingebracht würden, die nicht konsensfähig seien. Mit Blick auf die Flüchtlinge sei es beschämend, dass für ukrainische Frauen, Kinder und ältere Menschen mitunter

kein Platz in Aufnahmeeinrichtungen sei, weil diese von illegalen Einwanderern belegt seien, von denen zudem oftmals Gewalt ausginge.

Weitere Rednerinnen und Redner aus anderen Ländern (Auswahl)

Die Leiterin der italienischen Delegation, **Marta Grande** (fraktionslos) erklärte, Russland habe sich einer grundlegenden Verletzung der Werte und Regeln des Europarates schuldig gemacht, weshalb eine unverzügliche Entscheidung des Ministerkomitees zum Ausschluss Russlands unverzichtbar sei. Man werde man sich mit der Frage befassen müssen, welche Auswirkungen der Ausschluss Russlands auf den Menschenrechtsschutz im Land habe.

Pieter Omtzigt (Niederlande, EPP/CD) erklärte, Winston Churchill habe in seiner Ansprache zur Gründung des Europarates, gemeint, dass dynastische, religiöse und nationalistische Kriege historisch überwunden seien und die einzige Gefahr von ideologischen Kriegen oligarchischer Systeme ausginge. Ein solcher Krieg sei nun Realität geworden. Der russische Krieg in der Ukraine stehe für das genaue Gegenteil der Prinzipien des Europarates. Selbstkritisch müsse man einsehen, dass die Diplomatie gescheitert sei und die vielfältigen Warnungen ignoriert wurden. Im Umgang mit Russland habe man viele Fehler gemacht. Für die Aufrechterhaltung diplomatischer Kanäle sei nicht der Europarat zuständig. Er erklärte, der Ausschluss Russlands sei eine Frage der Glaubwürdigkeit und Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung.

Der türkische Delegationsleiter **Ahmet Yildiz** (fraktionslos) lobte den ukrainischen Widerstand und Mut. Gebot der Stunde sei die Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung, insbesondere der Flüchtlinge. Viele Länder, wie die Türkei, hätten in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen mit einer hohen Zahl von Flüchtlingen gemacht. Es brauche nun mehr denn je eine geschlossene Haltung gegenüber der lange geplanten und illegitimen russischen Aggression.

Der Vorsitzende des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der PVER, **Piero Fassino** (Italien, SOC) betonte, der Ausschluss Russlands sei eine unumgängliche Entscheidung, die getroffen werden müsse. Es gebe keinerlei Rechtfertigung für den russischen Angriff. Präsident Putin habe mit allen internationalen Regeln gebrochen und die territoriale Integrität eines Nachbarstaates infrage gestellt. Man müsse Wege finden, mit der russischen Zivilgesellschaft und den oppositionellen Kräften in Kontakt zu bleiben sowie Antworten auf die Frage finden, mit welchen Instrumenten der Menschenrechtsschutz der russischen Bürger weiterhin gewährleistet werden könne.

Die Leiterin der griechischen Delegation, **Theodora Bakoyannis** (EPP/CD), unterstrich, es sei die gemeinsame Botschaft der Versammlung, dass es im Europarat keinen Platz für einen Mitgliedstaat geben dürfe, der die Werte der Organisation nicht respektiere, die Menschenrechte und Freiheit missachte und Krieg statt Frieden suche. Sie warnte, Revisionismus, Expansionismus und der Wunsch, Grenzen neu zu ziehen, seien Ideen, die immer noch existierten. Dagegen müsse der Europarat mit seinem institutionellen Gewicht Freiheit, Demokratie und Menschenrechte hochhalten.

Paul Gavan (Irland, UEL) erklärte, die solidarischen Reaktionen vieler Länder auf die Flüchtlinge aus der Ukraine zeigten, was in einer solchen Situation möglich sei. Jedoch stehe diese Solidarität gegenüber vorwiegend weißen Europäern in einem diametralen Gegensatz zur Politik gegenüber Flüchtlingen aus Afrika oder Asien. Man dürfe bei der Hilfeleistung für Menschen in Not nicht zwischen Hautfarben oder Ethnien unterscheiden. Zwar stehe man vor der größten humanitären Katastrophe in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dennoch dürfe man nicht die vielen anderen Menschen vergessen, die sich auf dem ganzen Globus in ähnlich prekären Situationen befänden.

Armen Gevorgyan (Armenien, fraktionslos) verglich den Krieg in der Ukraine mit dem Krieg um Bergkarabach 2020. Damals habe es jedoch keine vergleichbare Reaktion des Europarates gegeben, obwohl ebenfalls zwei Mitgliedstaaten betroffen gewesen seien. Er warf den Mitgliedern der Versammlung vor, die humanitäre Katastrophe in Bergkarabach zu ignorieren. Der Krieg in der Ukraine sei inakzeptabel, doch sei dies die Gleichgültigkeit des Europarates gegenüber den Opfern in Bergkarabach ebenso. Die europäischen Staaten müssten sich fragen, warum es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gelungen sei, eine nachhaltig friedliche, geeinte und integrative europäische Völkerfamilie aufzubauen.

Alexandra Louis (Frankreich, ALDE) konstatierte, der russische Angriff auf die Ukraine habe Europa mit Schrecken daran erinnert, dass der Kontinent vor der Rückkehr von Tyrannei und Machtgelüsten, welche die Geschichte Europas unheilvoll geprägt hätten, nicht sicher sei. Die Reaktion des Europarates müsse der Tragödie in der Ukraine angemessen sein, weshalb Russland aus dem Europarat ausgeschlossen werden müsse. Russland habe sich

absichtlich in Widerspruch zu den Werten gesetzt, die das Fundament des Europarates bildeten. Frau Louis forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission und eines Sondergerichtshofs, da sichergestellt werden müsse, dass Kriegsverbrechen in der Ukraine nicht nur gestoppt, sondern auch bestraft würden.

Jean-Pierre Grin (Schweiz, ALDE) betonte, der 24. Februar 2022 sei ein Schicksalstag für Europa. Die Welt sei nach diesem Tag eine andere. Niemand habe sich ausmalen können, dass Präsident Putins Wahn zwei souveräne europäische Staaten in einen Krieg verwickle. Die russische Aggression unterstreiche die Wichtigkeit der eigenen Verteidigungsfähigkeit der europäischen Länder. Das brutale Vorgehen der russischen Behörden gegen die Anti-Kriegs-Demonstrationen zeige den autoritären Charakter des Landes. Russland habe jegliche Legitimität verloren, Mitglied des Europarates zu sein. Es gelte nun, in Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zu stehen und die Aufnahme von Flüchtlingen unbürokratisch zu organisieren.

Markus Wiechel (Schweden, EC/DA) sprach vom Ende einer Ära in Europa, die mit der Überwindung des Kalten Krieges begonnen habe. Diese sei eine Ära gewesen, in der Hoffnung und historischer Fortschritt in Einklang standen. Der Angriff auf die Ukraine, der keinen Grund und kein Ziel habe außer Großmachtfantasien, sei das alleinige Werk von Präsident Putin. In der Rückschau sei die Versammlung naiv gewesen, Russland vor drei Jahren seine Repräsentationsrechte zurückzugeben. Aus diesem Fehler müsse man lernen. Ein Zeichen der Hoffnung sei die Solidarität zwischen den europäischen Staaten seit Kriegsbeginn. Gemeinsam müsse man dafür einstehen, Hoffnung und historischen Fortschritt erneut in Einklang zu bringen.

George Papandreou (Griechenland, SOC) erklärte, am 24. Februar 2022 sei Europa in einem real gewordenen Albtraum aufgewacht. Die erste Reaktion vieler Europäer sei mit Blick auf die Irrationalität, den Größenwahn und die Brutalität des Krieges ein großes Warum? gewesen. Aus diesem Warum? sei dann ein großes Nein geworden, ein empörtes Nein zu den Lügen und Fake News, zu der Zerstörung und zu dem unvorstellbaren Leid der Menschen in der Ukraine. Herr Papandreou betonte, der Europarat sei aufgefordert, daraus ein klares Ja zu machen, indem dieser seine Solidarität mit der tapferen ukrainischen Bevölkerung und den Flüchtlingen ausspreche. Der Europarat müsse sich zum Kampf für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Frieden bekennen, zu einer klaren Verurteilung von Präsident Putin und zum Ausschluss Russlands aus dem Europarat. Als junger Aktivist habe er selbst die Verurteilung der griechischen Militärdiktatur durch den Europarat unterstützt, da diese gegen das damalige griechische Regime und nicht gegen die Bevölkerung gerichtet war, so wie auch heute der Ausschluss Russlands nicht gegen die russische Bevölkerung, sondern gegen Putins autokratisches und kleptokratisches System gerichtet sei.

Auswärtige Rednerinnen und Redner

Denys Shmyhal, Premierminister der Ukraine (Ansprache per Videozuschaltung)

Premierminister **Shmyhal** hob hervor, dass mehr als 100 ukrainische Gemeinden vorläufig durch Russland besetzt seien. Er spreche in der Versammlung für alle Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, für jene, deren Stimmen die vergangenen Jahre ungehört geblieben seien trotz vielfacher Brüche des internationalen Rechts und menschlicher Werte durch Russland. Russland habe 2019 sein Stimmrecht in der parlamentarischen Versammlung des Europarates wiedererlangt, was die Unterschätzung der russischen Bedrohung sowie die Beschwichtigungspolitik Europas widerspiegele. In den vergangenen 18 Tagen sei man in Europa zu neuen Einsichten gelangt. Es habe tausende Tote, darunter fast 90 Kinder, gegeben. Zudem seien tausende Ukrainerinnen und Ukrainer ohne Lebensmittel, Wasser und Heizung. Schulen und Krankenhäuser seien zerstört worden und Atomkraftwerke stünden am Rande einer Katastrophe. Der Premierminister betonte, das Recht auf Leben sei fundamental. Es würde fortlaufend verletzt, unter anderem, indem sich russische Militärs wie Terroristen verhielten und lokale Mandatsträger entführten. Zugleich sähen sich seit acht Jahren in den besetzten Gebieten lebende Ukrainerinnen und Ukrainer, die Russland Widerstand leisteten, systematischen Vergeltungsschlägen gegenüber. Ferner kritisierte er scharf die Zwangsmilitarisierung der Einwohner der Krim, die zum Beitritt in die russischen Streitkräfte gezwungen würden, obwohl sie durch die vierte Genfer Konvention geschützt seien. Die internationale Gemeinschaft müsse auf diese Rechtsbrüche angemessen reagieren. Herr Shmyhal verwies zudem auf Russlands Weigerung, diesen Krieg als etwas anderes als einen militärischen Spezialeinsatz zu bezeichnen. Es sei unabdingbar, russische Propaganda und die Verbreitung von Lügen in den russischen Medien zu unterbinden. Er warnte, dass dieser Krieg sich zu einem Dritten Weltkrieg entwickeln könne. Die Ukraine habe bereits 2014 darum gebeten, die russische Delegation von der parlamentarischen Versammlung des Europarates auszuschließen. Die Ankündigung Russlands, jegliche Zusammenarbeit mit dem Europarat zu beenden, resultiere aus Präsident Putins Absicht, einer Reaktion zu entgehen. Daher müsse Russland unverzüglich aus dem Europarat ausgeschlossen werden. Russlands Aggressionen müssten

gestoppt werden, bevor es zu einer nuklearen Katastrophe komme. Außerdem solle der Luftraum über der Ukraine gesperrt werden. Der Premierminister dankte den europäischen Nachbarländern der Ukraine für ihre Unterstützung und Solidarität.

Nach der Ansprache hob Versammlungspräsident **Kox** den langanhaltenden Applaus der Mitglieder als Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk hervor.

Die Videozuschaltung sah keine Fragen der Abgeordneten vor.

Benedetto Della Vedova, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit Italiens, Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates

Staatssekretär **Della Vedova** erklärte, der russische Angriffskrieg verstoße gegen sämtliche grundlegende Normen des Völkerrechts und gegen die Grundsätze der Menschlichkeit. Der Krieg sei die schwerste humanitäre Krise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Russland und Belarus als sein Verbündeter trügen die volle Verantwortung für den Kriegsausbruch und müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Er begrüßte deshalb die vom Internationalen Strafgerichtshof eingeleitete Untersuchung und die Einschaltung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Italien habe zudem die im Rahmen der OSZE vollzogene Einsetzung des „Moskauer Mechanismus der menschlichen Dimension“ unterstützt, wonach unabhängige Experten beauftragt würden, Informationen und Beweise über die von Russland begangenen Kriegsverbrechen zusammenzutragen. Opfern und Binnenvertriebenen müsse eine sichere Ausreise und der Zugang zu humanitärer Hilfe gewährleistet werden. Herr Della Vedova konstatierte, es gebe eine breite diplomatische Einheit gegen Russland, wie es die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 2. März 2022 gezeigt habe. Auch der Europarat habe zügig gehandelt. Das von Italien geführte Ministerkomitee habe angesichts der außergewöhnlichen und folgenschweren Situation am 25. Februar 2022 beschlossen, Russland mit sofortiger Wirkung von dessen Repräsentationsrechten zu suspendieren. Die Konsultation der Versammlung zu weiteren Schritten nach Artikel 8 des Status des Europarates sei mit dem Beschluss des Ministerkomitees vom 10. März 2022 initiiert worden. Die Ansicht der Versammlung finde Berücksichtigung, unterstrich der Staatssekretär und bedankte sich bei Präsident Kox für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit. Der italienische Vorsitz bemühe sich um Kohärenz mit der PVER. Er erklärte, Italien sei bereit, die Ukraine und deren Nachbarländer bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme zu unterstützen. Polen, Ungarn, Rumänien, die Slowakei sowie die Republik Moldau hätten ein außerordentliches Engagement bei der Aufnahme von Geflüchteten gezeigt. Zusätzlich zu einer direkten finanziellen Unterstützung der Ukraine in Höhe von 110 Mio. Euro habe Italien ebenfalls humanitäre Sofortmaßnahmen beschlossen, wie beispielsweise die Lieferung von Sachspenden sowie die Unterstützung von in der Ukraine tätigen Hilfsorganisationen.

Die Abgeordneten richteten Fragen zu den folgenden Themen an den Staatssekretär: weitere Schritte des Ministerkomitees im Hinblick auf die humanitäre Krise sowie die zukünftige Rolle des Europarates bei der Sicherung des Friedens (**Selin Sayek Böke**, Türkei, UEL); Verhinderung eines Übergreifens des Angriffskrieges auf andere Regionen in Europa (**Davo Ivo Stier**, Kroatien, EPP/CD); sofortiger Ausschluss Russlands durch das Ministerkomitee in Reaktion auf die Stellungnahme der Versammlung (**Christopher Chope**, Vereinigtes Königreich, EC/DA); Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ergreifung weiterer Maßnahmen durch den Europarat (**Rik Daems**, Belgien, ALDE) und Möglichkeiten des Ministerkomitees im Hinblick auf einen Waffenstillstand und Deeskalation (Abgeordneter **Andrej Hunko**, DIE LINKE.) sowie die Bedeutung der Stellungnahme der Versammlung für die Entscheidung des Ministerkomitees (**Pieter Omtzigt**, Niederlande, EPP/CD). Der **Staatssekretär** antwortete, der Europarat verfüge über eine Vielzahl an Instrumenten und Konventionen, um die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung geeigneter Aufnahmeeinrichtungen und angemessener Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen. Die Wahrung des Friedens und der Solidarität zwischen den Völkern Europas sei die Daseinsberechtigung des Europarates, weshalb alle Instrumente der Organisation auf dieses Ziel ausgerichtet seien. Gerade weil sich Russland durch seinen Angriff auf die Ukraine von diesem Ideal entfernt habe, sei die Suspendierung alternativlos gewesen. Ruhe und Entschlossenheit seien zu bewahren, zugleich müsse man sich weiterhin auf die gemeinsamen Werte des Europarates besinnen. Er betonte, die Stellungnahme der Versammlung sei eine Entscheidungsgrundlage für das Ministerkomitee, das einen sofortigen Ausschluss Russlands aus dem Europarat prüfe. Sobald es möglich sei, werde der langfristige Aktionsplan für die Ukraine, der unter anderem auch demokratische Reformvorhaben vorsehe, erneut aufgegriffen. Wengleich der Europarat vorrangig auf politischer und institutioneller Ebene wirke, seien dennoch Initiativen von humanitärer Tragweite ergriffen worden. So habe die Entwicklungsbank des Europarates Mitgliedstaaten bereits Finanzhilfen zur Unterstützung von ukrainischen Ge-

flüchteten zur Verfügung gestellt. Herr Della Vedova stellte fest, die Zusammenarbeit zwischen den drei Hauptorganen des Europarates funktioniere äußerst zufriedenstellend. Er sehe daher bislang keinen Bedarf für eine besondere Arbeitsgruppe. Der Europarat strebe nach Deeskalation, beteilige sich jedoch nicht unmittelbar an den Verhandlungen der russischen und ukrainischen Delegationen. Man sei dennoch bereit, jede Art von geeigneter Unterstützung zu leisten.

Weitere Fragen der Abgeordneten behandelten die Themen: Konkrete Maßnahmen zur langfristigen Unterstützung der Ukraine (**Nicole Trisse**, Frankreich, ALDE); Hilfe für Kinder (**Emanuelis Zingeris**, Litauen, EPP/CD); Verwendung eingefrorener Vermögen russischer Oligarchen für ukrainische Geflüchtete (**Arkadiusz Mularczyk**, Polen, EC/DA) sowie Schutz der russischen Bevölkerung im Falle eines Ausschlusses Russlands (**Antonio Gutiérrez Limones**, Spanien, SOC). In seiner Antwort stellte Staatssekretär **Della Vedova** fest, dass viele Urteile des EGMR von der russischen Führung in den letzten Jahren missachtet worden seien. Die russischen Bürgerinnen und Bürger hätten keinen wirksamen Schutz mehr durch den EGMR erfahren können. Überdies sprach er den in Russland friedlich Protestierenden seine Anerkennung und Dankbarkeit aus. Auf europäischer Ebene sei eine Richtlinie in Kraft getreten, nach der ukrainischen Geflüchteten bedingungslos Visa erteilt würden mit der Möglichkeit zur Verlängerung. Sie erhielten zudem sowohl Zugang zum Arbeitsmarkt als auch zur Gesundheitsversorgung des jeweiligen Aufnahmelandes; Kindern werde der Schulbesuch ermöglicht. Im Hinblick auf die Verwendung beschlagnahmter Mittel würden in Italien und auch Großbritannien Fortschritte erzielt. In Italien prüfe man, Geflüchteten die vom organisierten Verbrechen beschlagnahmten Vermögenswerte zur Verfügung zu stellen. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit seien dabei stets zu beachten.

Kommunikation mit der Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić

Die Generalsekretärin verurteilte die Aggression Russlands gegen die Ukraine scharf und zeigte sich entsetzt über dem Kriegsausbruch und seine Folgen. Seitens der Regierungen, Parlamente und internationalen Organisationen müsse alles Mögliche getan werden, um die Ukraine zu unterstützen. Sie sei beeindruckt von der Geschwindigkeit, mit der die Organe des Europarates reagiert hätten und dass sich das Ministerkomitee nach Absprache mit der Versammlung auf die Suspendierung der russischen Vertretung geeinigt habe. Russland bleibe dennoch Vertragspartei der Übereinkommen, die es ratifiziert habe, wie etwa die EMRK, und sei somit an die darin enthaltenen Verpflichtungen gebunden. Demnach sei Russland angehalten, die vorläufigen Maßnahmen gemäß der EGMR-Entscheidungen vom 1. und 4. März 2022 umzusetzen: keine militärischen Angriffe auf zivile Objekte; Gewährleistung der Sicherheit medizinischer Einrichtungen und des Zugangs der Zivilbevölkerung zu sicheren Fluchtwegen, medizinischer Versorgung, lebenswichtigen Gütern und humanitärer Hilfe. Der nun zur Debatte stehende Ausschluss Russlands aus dem Europarat stelle eine Tragödie für das russische Volk dar, sei aber die unvermeidliche Schlussfolgerung aus den aktuellen Ereignissen. Frau Pejčinović Burić ermahnte Russland, dessen erste Beitragszahlung für das Jahr 2022 nicht erfolgt sei, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Man bereite sich allerdings auf den Ausfall der Zahlungen vor und erwäge mögliche Anpassungen. Der Europarat wolle die Ukraine bestmöglich unterstützen. Die Verträge der Mitarbeiter des Europarats in Kiew seien bis zum Ende des Jahres 2022 verlängert worden und den Familien und Angehörigen habe man Unterstützung zugesagt.

Die **Fragen** der Abgeordneten befassten sich mit folgenden Themen: Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Zukunft des Multilateralismus (**Yuliya Lovochkina**, Ukraine, SOC; **John Howell**, Vereinigtes Königreich, EC/DA); Handlungsspielraum des Europarates bei der Einrichtung humanitärer Korridore (**Yelyzaveta Yasko**, Ukraine, EPP/CD); Konsequenzen und Schlussfolgerungen aus dem Krieg für den Europarat (**Yevheniia Kravchuk**, Ukraine, ALDE; **Nicole Duranton**, Frankreich, ALDE); Maßnahmen zur Unterstützung der Geflüchteten und Schutz vor Diskriminierung (**Laura Castel**, Spanien, UEL). **Maria Mezentseva** (Ukraine, EPP/CD) bat die Generalsekretärin um Unterstützung für die kürzlich eingerichtete Online-Plattform „Stand Up Ukraine“, die Freiwillige, Spender und Regierungen zur Unterstützung der Ukraine bündele. In ihrer Antwort betonte Frau **Pejčinović Burić**, nur durch ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten könne der Europarat gestärkt aus dieser Situation hervorgehen. Zur Wahrung von Frieden, Sicherheit und des Wohlstands aller Bürgerinnen und Bürger sei multilaterales Handeln von elementarer Bedeutung. Der Angriffskrieg Russlands und die COVID-19-Pandemie stellten große Herausforderungen für den Multilateralismus dar. Ein Aktionsplan zur sofortigen Implementierung von Maßnahmen nach Beendigung des Krieges werde ausgearbeitet. Die Sonderbeauftragte für Migration und Flüchtlinge habe bereits mit der Koordinierung in den Schwerpunktregionen begonnen. Hinsichtlich der Diskriminierung von Geflüchteten betonte die Generalsekretärin, die EMRK sei darin sehr deutlich und müsse auf jeden Einzelnen angewendet werden, der sich auf dem Gebiet eines Unterzeichnerstaates befinde. Sie sprach den Staaten, die Geflüchtete aufnahmen, ihre Anerkennung aus. Die Rolle des Europarates sei

die Wahrung der demokratischen Sicherheit. Zurzeit sei es angesichts des Angriffskrieges schwer vorstellbar, Russland im Europarat zu halten, gleichwohl der Europarat idealerweise als gesamteuropäische Institution wirken solle. Der Ausschluss Russlands sei jedoch eine Entscheidung des Ministerkomitees auf der Basis der Stellungnahme der Versammlung. In ihren Schlussworten forderte sie Russland dazu auf, den Krieg zu beenden und zum Dialog zurückzukehren.

Berlin, den 11. Januar 2023

Frank Schwabe

Delegationsleiter

Armin Laschet

Stellvertretender Delegationsleiter

IV. Verabschiedete Stellungnahme an das Ministerkomitee

Nummer	Titel
Stellungnahme 300 (2022)	Konsequenzen des russischen Angriffs auf die Ukraine (Dok. 15477)

Stellungnahme 300 (2022)²**„Konsequenzen des russischen Angriffs auf die Ukraine“**

1. In Fortsetzung des Aggressionskrieges, der seit dem 20. Februar 2014 von Seiten der Russischen Föderation gegen die Ukraine geführt wird, hat Russland am 24. Februar 2022 seine militärischen Aktivitäten gegen die Ukraine in beispiellosem Maße eskaliert, was Tausenden von Zivilisten das Leben gekostet, Millionen von Menschen in die Flucht getrieben und verheerende Zerstörungen im Land angerichtet hat. Mit der Entscheidung zur Durchführung dieser weiteren militärischen Aggression hat die Russische Föderation der Gewalt den Vorrang gegenüber Dialog und Diplomatie gegeben, um ihre außenpolitischen Ziele zu erreichen, und dabei die rechtlichen und moralischen Normen verletzt, die die Grundlage für die friedliche Koexistenz von Staaten bilden. Dieses Verhalten zeigt die Verachtung für den in seiner Satzung (SEV Nr. 1) verankerten eigentlichen Kern des Europarates, nämlich die Überzeugung, dass das Streben nach Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit und internationaler Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung für die Bewahrung der menschlichen Gesellschaft und Zivilisation ist.
2. Die Parlamentarische Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und steht solidarisch zur Ukraine und zum ukrainischen Volk und bekräftigt erneut ihre uneingeschränkte Unterstützung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.
3. Die Versammlung ist der Auffassung, dass der bewaffnete Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen darstellt und nach den Bestimmungen der im Jahr 1974 verabschiedeten Resolution 3314 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen als „Aggression“ zu bewerten ist. Er stellt einen Verstoß gegen die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris für ein neues Europa dar.
4. Darüber hinaus ist der Angriff ein gravierender Verstoß gegen Artikel 3 der Satzung des Europarates und gegen die Pflichten und Verpflichtungen, die die Russische Föderation bei ihrem Beitritt zur Organisation akzeptiert hat, darunter die Verpflichtung, internationale sowie innenpolitische Auseinandersetzungen mit friedlichen Mitteln zu lösen, Androhungen von Gewalt gegen seine Nachbarn entschieden abzulehnen und das Konzept der Behandlung von Nachbarstaaten als besondere Einflusszone („nahes Ausland“) zu verurteilen.
5. Die Versammlung bedauert, dass die russische Führung ungeachtet zahlreicher Appelle, die Feindseligkeiten einzustellen und das Völkerrecht zu achten, ihre Aggressionen fortgesetzt hat, was zur Eskalation der Gewalt in der Ukraine und Drohungen gegenüber anderen Staaten für den Fall der Einmischung geführt hat. Durch ihre Haltung und Maßnahmen stellt die Führung der Russischen Föderation eine offene Bedrohung für die Sicherheit in Europa dar; sie verfolgt dabei einen Weg, der auch den Akt der militärischen Aggression gegen die Republik Moldau bzw. die Besetzung ihrer Region Transnistrien, den Akt der militärischen Aggression gegen Georgien und die darauf folgende Besetzung von zwei Regionen des Landes im Jahr 2008, die widerrechtliche Annexion der Krim und ihre Rolle im Osten der Ukraine umfasst, die ihren Höhepunkt in der widerrechtlichen Anerkennung der eigenmächtig als „unabhängige Staaten“ ausgerufenen Republiken Donezk und Lugansk fand.

² Versammlungsdebatte vom 15. März 2022 (3. und 4. Sitzung) (siehe Dok. 15477, Bericht des Ausschusses für Politik und Demokratie, Berichterstatterin: Ingjerd Schou, Norwegen, EPP/CD). Von der Versammlung am 15. März 2022 (4. Sitzung) verabschiedeter Text.

6. Die Versammlung ist äußerst beunruhigt über die nachgewiesenen schwerwiegenden Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht seitens der Russischen Föderation, darunter Angriffe auf zivile Ziele, der wahllose Einsatz von Artillerie, Raketen und Bomben einschließlich Streubomben, Angriffe auf humanitäre Korridore, die Zivilisten eine Fluchtmöglichkeit aus belagerten Städten bieten sollen, und Geiselnahmen. Sie nimmt mit Erschrecken die rücksichtslosen Angriffe der russischen Streitkräfte auf Kernkraftwerke in der Ukraine zur Kenntnis.
7. Die Versammlung unterstützt alle Bemühungen um die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und den Beschluss der Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), die Lage in der Ukraine zu untersuchen, sowie die Einsetzung einer Sonderermittlungskommission des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen und wird die Vorschläge zur Einsetzung eines besonderen internationalen Strafgerichtshofs für Kriegsverbrechen, die während des durch die militärische Aggression Russlands ausgelösten Krieges in der Ukraine begangen werden, evaluieren. Sie begrüßt darüber hinaus weitere Bemühungen um die Dokumentation von möglichen Straftaten im Rahmen des Völkerrechts, die in der Ukraine begangen werden, beispielsweise mithilfe der Veröffentlichung von Aufnahmen kommerzieller Satelliten, der Analyse dieser Aufnahmen und weiterer Formen nachrichtendienstlicher Erkenntnisse aus öffentlichen Quellen privater Akteure. Ebenso nimmt sie zur Kenntnis, dass die Ukraine vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) beantragt hat, ein Verfahren gegen die Russische Föderation im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Auslegung, Anwendung und Erfüllung des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes einzuleiten.
8. Die Versammlung bedauert, dass die Russische Föderation zahlreiche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einschließlich seiner einstweiligen Anordnungen nicht umgesetzt hat, und fordert die Russische Föderation auf, keine militärischen Angriffe gegen Zivilisten und zivile Objekte durchzuführen, beispielsweise Wohngebiete, Notfallfahrzeuge und andere besonders geschützte zivile Objekte wie Schulen und Krankenhäuser, und die Sicherheit der medizinischen Einrichtungen, des medizinischen Personals und der Notfallfahrzeuge, die sich in den von russischen Truppen angegriffenen oder belagerten Gebieten befinden, unverzüglich sicherzustellen.
9. Die Versammlung ist äußerst besorgt über die Lage der Ukrainerinnen und Ukrainer, die gezwungen wurden, aus Furcht um ihr Leben aus ihrem Heimatland zu fliehen, was zum größten Flüchtlingsexodus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hat. Die Versammlung begrüßt die Großzügigkeit und Solidarität der Nachbarländer, die weiterhin Hunderttausende Geflohener aufnehmen, darunter größtenteils Frauen und Kinder: Polen hat bislang 1,7 Millionen, Ungarn 250.000, die Republik Moldau 330.000, Rumänien 415.000 und die Slowakische Republik 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Die Versammlung begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss der Europäischen Union, die Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes umzusetzen und weitere Unterstützung in Reaktion auf diese beispiellose humanitäre Krise zu fordern, beispielsweise mithilfe von Wiederansiedlungsprogrammen.
10. Die Versammlung stellt fest, dass die russische Aggression gegen die Ukraine von der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von Seiten der Staaten und internationalen Organisationen fast einhellig verurteilt wurde. Darüber hinaus haben weitere Akteure eine äußerst kritische Haltung eingenommen – von internationalen Sportverbänden über privatwirtschaftliche Unternehmen bis hin zu prominenten Persönlichkeiten aus Kultur und Sport.
11. In der Russischen Föderation werden indessen Antikriegsdemonstrationen unterdrückt. Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der russischen Regierung, durch die Schließung fast aller verbliebenen unabhängigen Nachrichtenorganisationen, die sich verschärfenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Zivilgesellschaft, die brutale Unterdrückung friedlicher Proteste und gravierende Einschränkungen im Hinblick auf den Zugang zu sozialen Medien die Meinungs- und Versammlungsfreiheit weiter einzuschränken. Sie bedauert die Tatsache, dass die russische Bevölkerung infolgedessen keinen Zugang zu Informationen aus unabhängigen Quellen hat und stattdessen ausschließlich den staatlich kontrollierten Medien ausgesetzt ist, die ein verzerrtes Bild über den Krieg verbreiten.
12. Diese tragischen Ereignisse bestätigen die Bedeutung und fortwährende Notwendigkeit der Existenz des Europarates als wertebasierte zwischenstaatliche Organisation, die sich für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Aufgrund seiner zahlreichen Gremien und Institutionen

und unter Berücksichtigung seines Zuständigkeitsbereichs und seiner Aufgaben sollte der Europarat in Bezug auf die Bereitstellung von Hilfe und Expertise für die Unterstützung der Ukraine und der Ukrainerinnen und Ukrainer eine führende Rolle spielen.

13. Vor diesem Hintergrund fordert die Versammlung die Russische Föderation auf,
 - 13.1. die Feindseligkeiten gegen die Ukraine einzustellen und ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen;
 - 13.2. sich strikt an ihre Verpflichtungen nach den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht zu halten;
 - 13.3. unter allen Umständen auf Angriffe gegen Zivilisten zu verzichten und die Eröffnung und Aufrechterhaltung von humanitären Korridoren zu gewährleisten, um die Evakuierung von Zivilisten in sichere Regionen in der Ukraine oder sichere Länder außerhalb der Ukraine zu ermöglichen;
 - 13.4. sich an die einstweiligen Anordnungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu halten;
 - 13.5. die unverzügliche Bereitstellung von humanitärer Hilfe für die ukrainische Bevölkerung oder den effektiven Zugang humanitärer Organisationen zur Ukraine und innerhalb der Ukraine nicht zu blockieren;
 - 13.6. bei den Ermittlungen und Verfahren, die von Seiten des Internationalen Strafgerichtshofs und des Internationalen Gerichtshofs angestrengt wurden, und mit der vom Menschenrechtsrat einzusetzenden Sonderkommission zu kooperieren;
 - 13.7. die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen der Ukraine zu gewährleisten und diese nicht zum Ziel von militärischen Aktivitäten zu machen und in vollem Umfang mit der Internationalen Atomenergiebehörde zusammenzuarbeiten;
 - 13.8. unverzüglich alle entführten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und lokalen Vertreterinnen und Vertreter freizulassen und in ihr Amt wiedereinzusetzen sowie alle Aktivistinnen und Aktivisten freizulassen;
 - 13.9. die vollständige Achtung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit der Medien und des freien Zugangs zum Internet entsprechend den internationalen rechtlichen Verpflichtungen sicherzustellen.
14. Die Versammlung ruft die Mitgliedstaaten des Europarates auf,
 - 14.1. ihre Hilfe für die Ukraine weiter zu verstärken und das sichere und effektive Funktionieren der humanitären Korridore zu gewährleisten;
 - 14.2. zu erwägen, ihre Hilfe für die Ukraine in ihren Bemühungen um die Stärkung des Schutzes des Hoheitsgebietes der Ukraine einschließlich ihres Luftraums zu erweitern, um die gravierenden menschlichen Kosten und die tragischen humanitären Folgen des fortwährenden Aggressionskrieges Russlands zu reduzieren;
 - 14.3. die Unterstützung für die Mitgliedstaaten des Europarates, die sehr viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben, auszuweiten;
 - 14.4. einen Beitrag zum Dringenden Hilfsappell der Vereinten Nationen sowie weiterer internationaler Organisationen wie dem Internationalen Roten Kreuz für die Ukraine zu leisten;
 - 14.5. Programme zu erarbeiten, um Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, den Zugang zu ihren Hoheitsgebieten zu erleichtern und ihnen Schutzstatus zu gewähren, beispielsweise durch die Anwendung der EU-Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes;
 - 14.6. die Diskriminierung von Flüchtlingen aus beliebigem Grund zu vermeiden und gleichzeitig die Bedürfnisse besonders vulnerabler Flüchtlinge zu berücksichtigen, die aus der Ukraine fliehen, beispielsweise Kinder, Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt oder traumatisierte Opfer, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen;
 - 14.7. Strategien und Maßnahmen mit dem längerfristigen Ziel der Integration von Flüchtlingen zu entwickeln;

- 14.8. Programme für die Wiederansiedlung von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, aus den Nachbarländern zu entwickeln und umzusetzen;
 - 14.9. die weitere Verstärkung der Ressourcen der Entwicklungsbank des Europarates zu prüfen mit dem Ziel, die Fähigkeit der Bank, dem Bedarf in Notsituationen mithilfe gezielter Unterstützung durch Beihilfen gerecht zu werden, zu verbessern und ihre langfristige Fähigkeit, Investitionen in die soziale Infrastruktur in Ländern zu tätigen, die eine große Zahl von ukrainischen Flüchtlingen aufnehmen, zu stärken;
 - 14.10. freiwillige Beiträge auszubauen, um dafür zu sorgen, dass der Europarat ein Paket mit prioritären Maßnahmen für die Ukraine anbieten kann, das umgesetzt wird, sobald es die Bedingungen zulassen;
 - 14.11. ihr kontinuierliches Vertrauen in die Organisation deutlich zu machen und zu diesem Zweck deren finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten, falls die Russische Föderation ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Europarat nicht nachkommt oder als Mitglied aus der Organisation ausscheidet.
15. Im Hinblick auf den Europarat fordert die Versammlung:
- 15.1. die Menschenrechtskommissarin auf, ihre Bemühungen um die Aufklärung über die Lage der Menschen, die aus der Ukraine fliehen, und der Menschen, die in der Ukraine bleiben, fortzuführen und Initiativen zu unterstützen, deren Ziel ist, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine zu dokumentieren, beispielsweise durch den regelmäßigen Kontakt mit den mit ihr vernetzten Menschenrechtsaktivisten und der Zivilgesellschaft;
 - 15.2. die Generalsekretärin des Europarates auf, ihre Sonderbeauftragte für Migration und Flüchtlinge zu bitten, bei ihren Aktivitäten die Lage von Flüchtlingen und Vertriebenen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, vorrangig zu berücksichtigen und dabei auch auf das Netzwerk der Migrationskontaktstellen und den Rahmen des Aktionsplans für den Schutz vulnerabler Menschen im Zusammenhang mit Migration und Asyl in Europa (2021-2025) zurückzugreifen;
 - 15.3. den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf, die Möglichkeit zu prüfen, Anträge ukrainischer Bürgerinnen und Bürger gegen die Russische Föderation aufgrund von Taten, die in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine begangen werden, vorrangig zu behandeln und dabei die Tatsache zu berücksichtigen, dass sie auf nationaler Ebene keinen Zugang zu effektiven Rechtsmitteln gegen solche Taten haben.
16. Für den Fall, dass die Russische Föderation aus der Organisation ausscheidet, sollte der Europarat Initiativen auf den Weg bringen, um in der Lage zu sein, die Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten, demokratischen Kräften, freien Medien und einer unabhängigen Zivilgesellschaft in der Russischen Föderation und den Austausch mit ihnen aufrechtzuerhalten.
17. Vor dem Hintergrund der weitreichenden Folgen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine für die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, intensiv über die Möglichkeiten zur Stärkung der unverzichtbaren Rolle des Europarates in der institutionellen Architektur Europas als Hüter von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und Forum für die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen friedlichen und unabhängigen demokratischen Staaten nachzudenken. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Versammlung ihre Unterstützung für die Durchführung eines vierten Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarates, der der Organisation den Weg in die Zukunft weisen könnte, damit sie sich effektiver für die Förderung der demokratischen Sicherheit und die Bewältigung der vor ihr liegenden Herausforderungen einsetzen kann.
18. Im Hinblick auf ihre eigene Arbeit
- 18.1. sollte die Versammlung die Folgen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine weiterhin aufmerksam beobachten;
 - 18.2. empfiehlt die Versammlung angesichts der Beteiligung von Belarus an der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine ihrem Präsidium, die Beziehungen zwischen der Versammlung und der belarussischen Regierung in all ihren Aktivitäten bis auf Weiteres einzustellen.
19. Im Hinblick auf die Bitte, gemäß den Bestimmungen der Satzungsentschließung (51) 3 eine Stellungnahme gegenüber dem Ministerkomitee abzugeben, ist die Versammlung überzeugt, dass die Schwere der Handlungen der Russischen Föderation und der von ihr verursachte tiefgreifende Vertrauensbruch den weiteren

Rückgriff auf Artikel 8 der Satzung in vollem Umfang rechtfertigen. Unter Berücksichtigung aller oben genannten Aspekte und der Tatsache, dass die Russische Föderation in schwerwiegender Weise gegen die Satzung des Europarates verstoßen hat, was mit dem Status eines Mitgliedstaates des Europarates unvereinbar ist, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Europarat nicht nachkommt und sich nicht an ihre Zusagen hält, ist die Versammlung der Auffassung, dass die Russische Föderation daher nicht länger Mitgliedstaat der Organisation sein kann.

20. Die Versammlung ist daher der Auffassung, dass das Ministerkomitee die Russische Föderation auffordern sollte, unverzüglich als Mitglied aus dem Europarat auszuschneiden. Kommt die Russische Föderation dieser Aufforderung nicht nach, so schlägt die Versammlung dem Ministerkomitee vor, den nächstmöglichen Termin festzulegen, an dem die Russische Föderation aus dem Europarat ausscheidet.

V. Reden der Delegationsmitglieder³**Kommunikation mit dem Ministerkomitee, Benedetto Della Vedova, Unterstaatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit von Italien****Frage des Abgeordneten Andrej Hunko (DIE LINKE.)**

Herr Staatssekretär,

diese Versammlung ist sehr einig in der Verurteilung dieser Aggression gegen die Ukraine und auch meine Fraktion, die Vereinigte Linke, schließt sich dem an. Wir sind auch sehr einig, in der Notwendigkeit der humanitären Hilfe und der Hilfe für die Flüchtlinge. Trotzdem stellt sich für mich die Frage, welche Möglichkeiten hat das Ministerkomitee noch, um auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und zu versuchen, diese Situation zu deeskalieren und eine weitere Eskalation zu vermeiden. Gibt es dazu Diskussionen im Ministerkomitee? Das würde mich sehr interessieren.

Vielen Dank.

Antwort von Benedetto Della Vedova, Unterstaatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit von Italien (Übersetzung)

Was die Deeskalation und den Waffenstillstand angeht, so verfolgen wir die Entwicklungen natürlich, aber wir sind nicht an den Verhandlungen beteiligt, die zurzeit stattfinden, vor allem nicht an den unmittelbaren Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen der Ukraine und der russischen Regierung. Wir verfolgen die Ereignisse. Wir sind bereit, Unterstützung zu leisten, sofern darum gebeten wird, um spezielle Fragen im Zusammenhang mit den Menschenrechten zu klären. Wir sind uns völlig bewusst, dass die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an sich schon ein Weg ist, um die Voraussetzungen für tragfähige Verhandlungen zwischen den beiden Kontrahenten zu schaffen. Generell verfolgen wir den Versuch, einen Verhandlungstisch von der Türkei oder Israel aus anzubieten. Heute waren bekannte Persönlichkeiten des US-Außenministeriums und aus China in Rom, um die Frage zu diskutieren. Wir sind jedoch nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt. Wir streben eine Deeskalation an, zuerst einmal eine militärische, einen Waffenstillstand, um es Menschen und humanitären Organisationen zu ermöglichen, in die Städte zu gelangen und Menschen zu retten. Wir sorgen uns natürlich um alle, zuallererst aber um behinderte Menschen, die aufgrund der Schwierigkeiten für behinderte Menschen in bombardierten Städten, in denen die Infrastrukturen völlig zerstört sind, mehr denn je leiden.

Dringlichkeitsdebatte: Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation gegen die Ukraine**Abgeordneter Frank Schwabe (SPD), Vorsitzender der SOC-Fraktion***

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mariia, vielen Dank, Frau Berichterstatterin,

es ist sicher nicht leicht, nach einer solchen Rede über die wirklich herzerreißende Lage – die Ukrainerinnen und Ukrainer befinden sich in einer menschlichen Katastrophensituation – die wir nicht wirklich beschreiben können, das Wort zu ergreifen. Doch wir müssen hier das tun, was wir tun können. Und das Ministerkomitee, hier im Saal vertreten, hat uns um eine Stellungnahme gebeten, ohne uns, sagen wir mal, klare Hinweise zu geben. Es ist ziemlich offen, um was Sie uns bitten, und es ist an uns, eine glasklare Antwort zu geben. Unsere Haltung zu der jetzigen Lage steht bereits in der Stellungnahme des Berichts, und wir werden es am Abend erleben, eine große Mehrheit wird fordern, Russland so bald wie möglich, das heißt mit sofortiger Wirkung, aus dieser Organisation auszuschließen. Sie [im Ministerkomitee] sind diejenigen, die sich dann um das Prozedere kümmern werden, doch der Antrag wird heute lauten, es sofort zu tun. Wir haben zahlreiche Diskussionen in meiner Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen geführt, und es gab niemanden, nicht eine einzige Stimme, die anderer Meinung war. Es gab niemanden, der meinte, dass wir bei der Aussetzung [der Mitgliedschaft] bleiben sollten. Alle sagten, wir müssen ganz klar voranschreiten und Russland aus dieser Organisation ausschließen.

³ Auszug aus dem vom Generalsekretariat der Versammlung erstellten Wortprotokoll der in deutscher Sprache gehaltenen Reden (teilweise für diese Unterrichtung redaktionell überarbeitet). Mit * markierte Reden wurden in der Funktion des Fraktionssprechers nicht in deutscher Sprache gehalten und daher für diese Zusammenstellung übersetzt.

Es ist eine schreckliche Lage, der sich die Ukrainerinnen und Ukrainer gegenübersehen, und wir müssen wirklich alles unternehmen. Und da können wir heute mit einem Änderungsantrag sicherstellen, dass wir diejenigen treffen, die in diesem Augenblick für die Verübung von Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Vielleicht verfügen wir auf internationaler Ebene bereits über Instrumente, vielleicht benötigen wir noch weitere. Ich denke, wir werden diese Frage im April wieder aufgreifen. Das hier ist kein Krieg der Russen gegen die Ukrainer. Nein, das ist es nicht. Es ist ein Krieg zwischen Demokratie, für die wir stehen, und Diktatur, deren weltweiter Vertreter Putin ist. Ich – und ich denke, Sie alle – haben diese mutige Frau gestern in Russland gesehen, die im Fernsehen alles riskiert hat, was sie in dieser Situation für sich selbst, ihr eigenes Leben, riskieren kann. Dies lässt uns sicher sein, dass es Russinnen und Russen gibt, die nicht an die Diktatur glauben und die ebenfalls für die Demokratie eintreten wollen. Doch es gibt jemanden, den wir bis heute den Vertreter dieses Landes nennen müssen, und da er der Präsident des Landes ist, können wir ihnen nicht ermöglichen, hier zu sein. Lassen Sie uns daher eine klare Botschaft senden: Die Botschaft wird heute lauten, dass Russland aus dieser Organisation ausgeschlossen wird. Lassen Sie uns hinter der Ukraine stehen, lassen Sie uns Putins Krieg beenden und lassen Sie uns eindeutig sagen, wofür diese Organisation steht.

Abgeordneter Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist mir eine Ehre, als neues Mitglied in dieser Versammlung auch nach den mutigen Kolleginnen aus der Ukraine sprechen zu dürfen, denn das, was wir gehört haben, zeigt ja: Sie verteidigen Ihr Land, aber Sie verteidigen auch die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit für alle Menschen in Europa. Und dafür müssen wir Ihnen dankbar sein. Wir spüren alle, das ist heute eine historische Sitzung und historisch ist auch, was die Europäerinnen und Europäer in dieser Zeit auch abseits der politischen Sitzungssäle zeigen. Wenn ich in meine Heimatstadt nach Bochum schaue, im Westen von Deutschland, dann sehe ich da überfüllte Lagerhallen mit Sachspenden, Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen, um schnell Unterkünfte für Geflüchtete zu organisieren. Und diese Solidarität finden wir natürlich nicht nur bei mir – wir finden sie ganz besonders in Polen, in der Slowakei, in Rumänien, in Moldau, in all Ihren Heimatstädten, und das Ziel des Europarates war das Bauen am gemeinsamen Haus Europa, wie es Michail Gorbatschow einst formulierte. Und die russische Führung zielt mit ihrem mörderischen Angriffskrieg in der Ukraine auf die Zerstörung dieses gesamten gemeinsamen Hauses ab. Und trotzdem, die Ukrainerinnen und Ukrainer lassen das nicht kampflos zu. Auch auf europäischer Ebene führt Putins Krieg gegen Menschenrechte zum genauen Gegenteil – nämlich zu einem entschiedenen Eintreten der Europäerinnen und Europäer für Menschlichkeit und für Gerechtigkeit, denn die Europäerinnen und Europäer, die wissen, das glaube ich ganz genau, dass Menschlichkeit stärker ist als jede Großmachtfantasie, dass Menschlichkeit stärker ist, als es jeder grauenvolle Plan aus dem Kreml sein kann. Meine Damen und Herren, meine Generation ist in Deutschland in der Illusion aufgewachsen, dass nie wieder Krieg, jedenfalls in Europa, Realität werden kann und seit dem 24. Februar 2022 hat sich das geändert. Putin tritt das Völkerrecht mit Füßen und viele sagen, er zeichnet den Beginn einer neuen Epoche. Ich finde, wir sollten nicht Putin bestimmen lassen, in welche Zeit wir gemeinsam gehen. Und deshalb ist es so richtig, dass wir entschieden an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen. Und deshalb muss es aber auch so sein, dass wir dieses Eintreten der Europäerinnen und Europäer für Menschlichkeit nutzen und uns auch dafür einsetzen, die anderen Unmenschlichkeiten in Europa – zum Beispiel an den Außengrenzen in Georgien zu beenden. Lassen Sie uns das System Putins aus diesem Haus ausschließen, denn das System Putins ist nicht Russland. Wir sind den Ausschluss dieses System auch der mutigen Zivilgesellschaft in Russland schuldig, die diesen Krieg genauso wenig will.

Abgeordnete Heike Engelhardt (SPD)

Vielen Dank, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Besonders begrüße ich auch unsere ukrainischen KollegInnen, die uns gestern und heute über die Lage in der Ukraine aufgeklärt haben. Sie lassen uns direkt und unmittelbar an den fürchterlichen Geschehnissen teilhaben und deshalb möchte ich zunächst meine Solidarität und mein Mitgefühl mit der Ukraine und den Menschen deutlich machen. Was momentan passiert, ist schrecklich. Die Bilder des Krieges werden für immer in unseren Gedächtnissen bleiben. Wer in den vergangenen zwei Wochen am Berliner Hauptbahnhof war, kennt auch ein weiteres Bild. Das Bild der ukrainischen Flüchtlinge, meistens Frauen und Kinder. Viele dieser Frauen auf der Flucht haben Kinder dabei, oder sind schwanger. Es wird schnell klar, dass die gesundheitliche Versorgung dieser Geflüchteten mangelhaft und nicht ausreichend ist. Geflüchtete kommen ohne gesundheitliche Fürsorge oder Betreuung in den Fluchtländern an, gerade bei schwangeren Frauen ist dies hochproblematisch. Frauen auf der

Flucht können nicht darauf verzichten, medizinisch versorgt zu werden und müssen oft selber Maßnahmen ergreifen, um ihre ungeborenen Kinder zu beschützen. Wir in Deutschland, das verspreche ich Ihnen als Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, wir in Deutschland werden alles dafür tun, dass sie die bestmögliche Behandlung erhalten, und das werden die anderen Staaten genauso machen, davon bin ich überzeugt. Die gesundheitliche Versorgung ist natürlich nicht nur bei den Geflüchteten ungenügend, auch vor Ort in der Ukraine ist die Gesundheitsversorgung besorgniserregend. Wir haben es heute mehrfach schon gehört, in Mariupol wurde eine Geburtsklinik angegriffen. In der Tat; es gab einen Angriff auf schwangere Frauen, auf ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen, die selbstlos für die Gesundheit der ukrainischen Frauen arbeiten. Das Bild einer schwangeren Frau und ihres ungeborenen Kindes, die umgekommen sind, geht um die Welt. Ein Ort, an dem Zivilisten sich sicher fühlen sollten, in der sich schwangere Frauen keine Sorgen um sich selber und ihre ungeborenen Kinder machen sollten, wurde zum Opfer russischer Aggressionen. Millionen von Ukrainerinnen und insbesondere schwangere Frauen können momentan nicht auf Ihr Grundrecht, medizinisch versorgt zu werden, zugreifen. Wir haben gestern und heute in der Europaratssitzung viele wichtige Themen dieses Ukraine-Krieges angesprochen. Lasst uns die gesundheitliche Versorgung der Geflüchteten und der Menschen vor Ort, insbesondere der schwangeren Frauen, nicht in dieser Diskussion vergessen. Lassen Sie uns nun entschlossen und gemeinschaftlich dem Aggressor entgegen. Wer so eklatant die Menschenrechte und das Völkerrecht missachtet, der hat in unserem Kreis nichts verloren. Die Lösung kann nur sein; wir müssen Russland aus dem Europarat, so schwer es uns fällt, ausschließen. Vielen Dank. Slava Ukraini.

Abgeordneter Andrej Hunko (DIE LINKE.)

Vielen Dank Herr Präsident, es war in dieser Versammlung im Juni 1989, als Michael Gorbatschow die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Hauses formuliert hat. Lange vor dem Fall der Berliner Mauer und dem Umbruch in Osteuropa. Der 24. Februar ist nicht nur ein schwarzer Tag für die Ukrainerinnen und Ukrainer, natürlich für die Menschen dort besonders. Aber er ist auch ein schwarzer Tag für diese Perspektive, für die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Hauses. Wir stehen am Rand eines neuen Eisernen Vorhangs in Europa und dafür trägt dieser Krieg und trägt die russische Führung und Putin die alleinige Verantwortung. Ich gehöre zu den wenigen Abgeordneten, die im April 2014 gegen die Sanktionierung der russischen Abgeordneten gestimmt haben. Das hatte verschiedene Gründe – auch, dass das eine Sanktionierung war, die keinen Sinn machte. Ja, wir haben lange einen Prozess danach gehabt und einen Joint-Mechanismus entwickelt unter Leitung und auch auf Anregung von Herrn Tiny Kox, und ich will ganz klar sagen – ich werde dieses Mal nicht gegen diese Resolution stimmen, sondern dafür stimmen, weil dieser Krieg nicht zu rechtfertigen ist – und das will ich sehr deutlich hier sagen. Und weil wir einen Mechanismus haben, der auch wirklich greift. Ich möchte mich aber hier auch wenden an die russische Zivilgesellschaft, an die Menschen, die mutig protestieren gegenwärtig, auf die Straße gehen, es riskieren, verhaftet zu werden, an die junge Kollegin aus dem staatlichen Fernsehen gestern, die mit einem Schild „No to War, glaubt nicht die Lügen“ auch ihr Leben ein Stück weit, ihren Job, riskiert hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch ein Signal senden an die Menschen in Russland, die diesen Krieg nicht wollen. Das ist anders als 2014. 2014 gab es eine patriotische Welle in Russland. Im Augenblick gibt es eine tiefe Verunsicherung und keine zu große Zustimmung für diesen Krieg. Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auch an die russische Antikriegsbewegung – natürlich auch an alle Friedensbewegungen – aber insbesondere an die russische wenden, und sehr klar sagen: macht weiter – wir unterstützen euch, soweit wir das können. Ich habe auch mit Frau Laura Castel zusammen eine Schriftliche Erklärung hier eingebracht, die genau dieses Signal senden will, und ich bitte auch Sie, das zu unterstützen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Abgeordnete Filiz Polat (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist wichtig, ein starkes und geschlossenes Signal aus dieser Parlamentarischen Versammlung mit dieser Resolution zu senden, und Russland nicht nur international zu isolieren, sondern auch unsere Menschenrechte zu verteidigen. Unsere deutsche Außenministerin Frau Annalena Baerbock hat auf der 49. Menschenrechtstagung richtigerweise betont, ich zitiere: „Menschenrechte sind grundlegend für unsere Existenz – und wenn sie versagt werden, sind wir in unserer Existenz bedroht.“ Ja, wir sind beeindruckt über den Mut und die Widerstandskraft der UkrainerInnen, die nicht zuletzt mit Grund für die Geschlossenheit Europas und der internationalen Gemeinschaft sind. Die Geschlossenheit, die Solidarität, mit der Europa und die große Mehrheit der internationalen Gemeinschaft auf Putins Krieg reagieren, sind ermutigend; ermutigen auch in Russland Menschen, auf die Straße zu

gehen und gegen den Angriffskrieg zu protestieren. Respekt und Dank allen Staaten und vor allem auch vielen Familien, privaten Initiativen, die jetzt schnell und unbürokratisch helfen, Menschen aus der Ukraine aufzunehmen und Schutz zu geben, Hilfspakete schnüren, um zu helfen. Länder wie Polen, Moldau, Rumänien, Tschechien, die Slowakei leisten viel, das ist bewundernswert. Aber bei einem Lob darf es natürlich nicht bleiben. Europa als Ganzes muss Solidarität zeigen und solidarisch bleiben. Ermutigend, dass die Europäische Union erstmals die Richtlinie für den vorübergehenden Schutz aktiviert hat und so geschlossen wie noch nie in einer Flüchtlingsfrage gehandelt hat. Alle Menschen aus der Ukraine müssen Zugang zu Gesundheitsleistungen bekommen und zum Arbeitsmarkt. Die Kinder müssen unterrichtet werden, solange der Albtraum anhält; in ihrer neuen Heimat, oder vielleicht vorübergehend dort, wo sie Schutz finden. Wichtig ist, das noch mal auch hier in diesem Rahmen zu betonen – das gilt für alle Menschen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit und unabhängig von ihrem Status. Ich bin in Deutschland auch für die Minderheit der Roma und Sinti zuständig und fordere: auch für die Roma-Minderheit aus der Ukraine muss das uneingeschränkt in ganz Europa gelten. In diesem Sinne möchte ich auch mich und unsere Delegation solidarisch erklären mit der ukrainischen Delegation, Ihnen viel Kraft wünschen. Slava Ukraini.

Abgeordneter Axel Schäfer (SPD)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine, liebe Menschen in Donezk, es ist furchtbar, wieder Krieg in Europa zu erleben. Deshalb ist es zwingend notwendig, heute Russland aus dem Europarat auszuschließen. Es ist aber zugleich hoffnungsvoll, dass eine so große Mehrheit demokratischer Politikerinnen und Politiker sich hier in der Parlamentarischen Versammlung in dieser historischen Stunde einig sind. Einig für den Frieden. Ich möchte etwas zu meiner Partnerstadt Donezk sagen, mit der Bochum seit über 30 Jahren verbunden ist. Wir leisten in einem Projekt für Krankenhäuser medizinische Hilfe zugunsten leukämiekranker Kinder und wir haben gemeinsam erreicht, dass die Überlebenschancen der ganz Kleinen von früher 5 auf heute 80 Prozent gestiegen sind. Aber das ist jetzt nicht mehr möglich – und genau das ist der Krieg. Er zerstört Chancen, er zerstört Hoffnungen, er zerstört Leben. Ich war 2004 in der Orangen Revolution als einer von vielen tausend europäischen Wahlbeobachtern der OSZE in der Ukraine und ich weiß, mit wie viel demokratischem, solidarischem und freiheitlichem Willen die Menschen dort beseelt sind. Genau das habe ich auch gestern gespürt, als Abgeordnete aus Kiew in unserer sozialdemokratischen Fraktion persönlich über den Krieg berichteten. Wir müssen gerade heute schmerzliche Wahrheiten aussprechen. Der Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022, für den gibt es in der jüngeren Geschichte nur einen Vergleich: Hitlers Überfall auf Polen am 1. September 1939. Lasst uns deshalb jetzt alles tun, damit sich heute aus dem Krieg gegen die Ukraine kein Krieg entwickelt, der über die ganze Welt verteilt ist. Wir als Deutsche müssen das tun, weil wir eigene Lehren aus dieser furchtbaren Geschichte – aus unserer eigenen Geschichte – gezogen haben. Am Anfang unserer Verfassung des Grundgesetzes steht: „Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“ Lasst uns das gemeinsam tun.

Vielen Dank.

Abgeordnete Derya Türk-Nachbaur (SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

während ich hier rede, während wir hier debattieren, rollen russische Panzer durch die Ukraine. Während ich hier rede, wird auf Zivilistinnen und Zivilisten geschossen. Während ich hier rede, verlieren Millionen Menschen ihr Zuhause, ihre Eltern, ihre Nachbarn, ihren Glauben an ein Leben in Freiheit. Während ich hier rede, verlieren Menschen ihr Leben. Die Menschen fliehen vor der Bombardierung und der Vernichtung durch den Aggressor Vladimir Putin, der die Ukraine mit seinem brutalen Angriffskrieg überzieht. Ein Mitgliedsland dieser Organisation überfällt das andere – was für eine dunkle Stunde für Europa, für unsere Werte, denen sich alle Mitgliedstaaten freiwillig verpflichtet haben, aber vor allem eine Katastrophe für die in der Ukraine lebenden Menschen. Mit dem Überfall auf die Ukraine zerstört Putin das friedliche Erbe der Revolution in Osteuropa, die nach dem Fall der Mauer und nach dem Ende des Kalten Krieges unseren Kontinent so ausgezeichnet hatten. Ja, wir hätten gewarnt sein müssen durch die kriegsrischen Handlungen Putins in Tschetschenien, Georgien und Syrien; durch den aggressiven Überfall auf die Ukraine; durch die massenhafte Inhaftierung von Oppositionellen in russischen Lagern; durch das Verbot der Organisation Memorial und des Sacharow-Zentrums; durch das harsche Vorgehen gegen die LGBTIQ-Community; durch die Unterdrückung einer freien Presse. In Moskau zeigt Putin nun unverhohlen sein wahres Gesicht. Wir werden jedoch nicht klein begeben, wir werden die Zersetzungspolitik Putins,

die darauf abzielt, die Staaten Europas gegeneinander auszuspielen, ins Leere laufen lassen. Diese zynische Strategie wird nicht funktionieren. Wir werden als solidarisches Europa zusammenstehen, oder zusammen mit unseren Idealen untergehen. Wir stehen hier heute solidarisch mit den mutigen Ukrainerinnen und Ukrainern und mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der ukrainischen Delegation. Wir bewundern ihren Mut, ihre Kraft zum Widerstand, ihre Zuversicht. Es beschämt mich persönlich, dass wir ihre Warnung nicht vorher schon ernst genommen haben. Als Europarat sind wir jetzt alle aufgerufen, konsequent zu handeln. Wir sind die Organisation der Menschenrechte, wir sind die Organisation für Freiheit und Demokratie, wir sind die Organisation, die über Humanität wacht. Wenn über 44 Millionen Bürger und Bürger eines Mitgliedstaats mit Kriegsverbrechen konfrontiert werden, müssen wir so schnell wie möglich handeln. Auf die Suspendierung folgt dieser Ausschluss. Dieser Ausschluss soll aber nicht die demokratischen Kräfte in Russland treffen, denen steht unsere Tür immer offen. Dieser Ausschluss ist heute unser Bekenntnis für unsere Geschlossenheit und Entschlossenheit bei der Stärkung der Demokratie und unserer Werte. Ich wünsche mir, dass wir dieses Bekenntnis heute in Geschlossenheit abgeben.

Slava Ukraini.

Abgeordneter Josip Juratovic (SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

als deutscher Abgeordneter mit kroatischen Wurzeln erlebe ich gerade das Déjà vu der Balkankriege. Putin führt einen Krieg gegen sein Brudervolk, und was ist eigentlich mit diesem Mann los, fragt sich die ganze Welt. Sicherlich hat er nach der katastrophalen Jelzin-Ära Russland aus der Anarchie rausgeholt und Russland seine Würde zurückgegeben. Zwar mit falschen Mitteln, aber das war noch erträglich. Doch seine Methode war gegen die Demokratie gerichtet – erst im eigenen Land und jetzt auch gegen sein Nachbarland. Es ist ein Völkerrechtsbruch und ein Verbrechen zugleich. Nicht nur an Ukrainern, sondern auch am eigenen Volk. Wir Demokraten Europas sind gestärkt hervorgegangen und entschlossener denn je, die Demokratie zu verteidigen. Herr Putin befindet sich jetzt in einer Abwärtsspirale und der einzige Ausweg aus dieser Situation ist, den Krieg sofort zu beenden. Und da Herr Putin offensichtlich nichts mit der Demokratie anfangen kann, sollte er wenigstens sich wie ein russischer Patriot verhalten, indem er den Krieg sofort beendet, damit wir in Frieden leben; dem Leid der Ukrainer und auch dem Leid seines Volkes ein Ende bringen. Denn es ist auch sein Volk – es ist sein Volk, das im Moment darunter leidet und es ist auch sein Volk, das nachher das alles wieder auf dem friedlichen Weg zurechtbiegen muss. Vor allen Dingen, diese Mittel, die wir jetzt gezwungenermaßen in Rüstung stecken müssen, wären gut, wenn wir sie in die Zukunft investieren würden – in unsere Ziele, die in der Zukunft vor uns stehen. Zunächst einmal im Bereich des Klimaschutzes und all diese Dinge, die wir gemeinsam lösen müssen – und zwar ohne Krieg, sondern in Frieden und in Absprache, im Dialog und im Kompromiss. Deshalb bitte ich Herrn Putin, uns diesen Weg freizumachen – in erster Linie als Patriot des russischen Volkes.

Abgeordneter Dr. Harald Weyel (AfD)

Vielen Dank Herr Vorsitzender,

meine besten Grüße und Beileid und Mitgefühl für das ukrainische Volk – für alle Volksgruppen, die Opfer der Kampfhandlung sind und der Aggression. Als ich gestern vom Westende Deutschlands Köln zum Ostende gefahren bin, nach Berlin, war das Erste, was ich gesehen habe, als ich aus dem Hauptbahnhof rauskam, ein großes Zelt, wo draufstand: Willkommen für die Ukrainer, auch in kyrillischen Buchstaben. Ich weiß jetzt nicht, ob es ukrainisch oder russisch war, diese Aufschrift, und auch gleich dazu noch Busse, die die Menschen, die hier in Berlin Hauptbahnhof ankommen, in die Aufnahmezentren bringen. Die Hilfsbereitschaft in Deutschland ist groß und in einem außerordentlich gerechtfertigten Fall; wir sind sehr dafür, dass die grenznahe Unterbringung auf möglichst kurze Sicht hoffentlich gelingt. Wir unterstützen auch die unmittelbaren Nachbarländer und wir sind eben auch selbst bereit, aufzunehmen. Gleichwohl möchte ich aber noch einen Punkt machen, dass es jetzt nicht sein kann, dass im Zuge dieser Entwicklung die unberechtigten, die nicht ukrainischen Staatsbürger, also Leute, die über Weißrussland und Polen hier als sogenannte Flüchtlinge auftreten, dass diese Leute den tatsächlichen Flüchtlingen: Frauen, Kindern, alten Männern, Kranken den Platz wegnehmen, und deswegen unterstützen wir es auch sehr, dass Polen an der Grenze darauf achtet, dass nicht unberechtigte Leute hier reinkommen. Wir würden das selbst gegenüber unserer Regierung genauso sehen. Ich weiß, dass zum Beispiel der marokkanische Botschafter in der Ukraine die marokkanischen Studenten durchaus hat ausfliegen lassen. Und das sollte man auch mit all

denen machen, die unberechtigt sind. Gleichwohl möchte ich auch noch für die Zukunftsaussicht um mehr Nachdenklichkeit bitten. Die EU ist kein Rundum-sorglos-Vertrag. Man hat nicht wirtschaftlich alles erreicht, wenn man in der EU ist, und man hat auch kein zusätzliches Sicherheitspaket. Gleiches trifft auch, fürchte ich, für die NATO-Mitgliedschaft zu. Schauen Sie – die NATO mag zwar bedingt und unter sonst gleichen Bedingungen gegen Nicht-Mitglieder schützen, ein Stück weit eine Versicherungspolice sein; sie ist aber keine Versicherung gegen Mitglieder. Und da möchte ich ansprechen den Konflikt der NATO-Mitglieder Türkei und Griechenland, respektive Zypern. Eine besondere Fußnote in der Geschichte ist das, wenn jetzt Zypern die russischen Flugabwehrsysteme S-300 – also nicht das allermodernste wie die 400, sondern der Vorgänger – wenn sie das nicht in Betrieb nehmen kann, weil die Türkei ansonsten droht, militärisch zu handeln; ja, dann ist es jetzt der lachende Dritte in dem Zusammenhang, wenn diese S-300-Systeme in die Ukraine überführt werden, aber ich mache damit deutlich – beziehungsweise die Fakten machen sich deutlich und bemerkbar – es ist keine Rundum-Versicherung, in der NATO zu sein, nicht mal gegen die eigenen Mitglieder. Ähnliches trifft für die EU zu.

Haben Sie vielen Dank und alles Gute.

